



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

42. Jahrgang

Heft 2

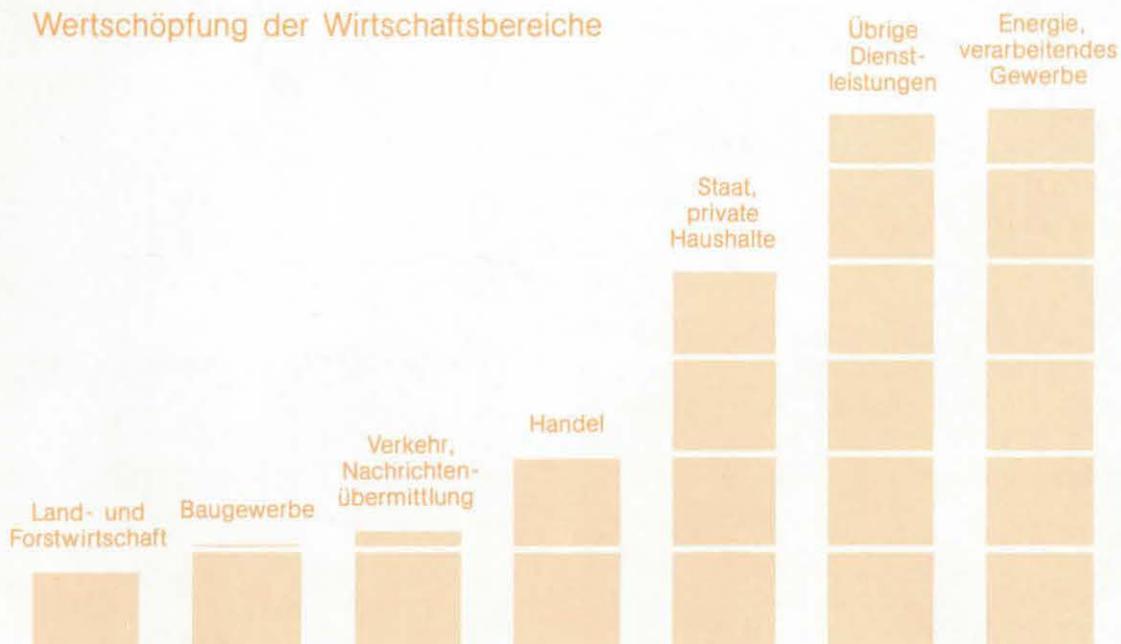
Februar 1990

Grafik des Monats: Wanderungen über die Kreisgrenzen
Schleswig-Holsteins

Aufsätze: Preisindizes für die Lebenshaltung
Die Bedeutung neuer Pendlerzahlen
für die Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen der Länder

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Dezember 1989		Januar bis Dezember 1989	
Beschäftigte	1 000	172	+ 3,1	169	+ 2,4
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	- 1,8	15	+ 0,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	669	+ 4,5	631	+ 5,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 752	- 3,7	3 414	+ 6,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 913	+ 0,3	2 595	+ 6,9
Auslandsumsatz	Mill. DM	839	- 15,5	819	+ 6,7
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 048	+ 3,9	2 274	+ 16,2
aus dem Inland	Mill. DM	1 410	+ 8,0	1 437	+ 16,1
aus dem Ausland	Mill. DM	638	- 4,0	837	+ 16,5
Energieverbrauch	1 000 t SKE			190	- 6,3
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	40	+ 1,8	40	+ 0,1
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	3	- 1,8	4	+ 1,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	110	+ 1,3	117	+ 4,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	471	+ 0,9	391	+ 7,5
Auftragseingang ³	Mill. DM	214	+ 16,9	237	+ 5,5
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	567	+ 32,5	654	+ 12,6
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	516	- 35,3	557	+ 8,2
Einzelhandel					
		November 1989		Januar bis November 1989	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	124,8	+ 6,3	113,1	+ 5,1
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	87,3	+ 5,0	111,8	+ 3,2
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1 000	181	+ 13,2	300	+ 7,6
Übernachtungen	1 000	646	+ 18,0	1 559	+ 2,5
Arbeitsmarkt					
		Dezember 1989		Januar bis Dezember 1989	
Arbeitslose	Anzahl	106 319	- 4,9	101 174	- 7,0
Außenhandel					
		Oktober 1989		Januar bis Oktober 1989	
Ausfuhr	Mill. DM	1 171,3	+ 23,9	1 052,4	+ 14,3
Kredite ⁶					
		November 1989		Januar bis November 1989	
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 354	+ 9,9	9 034	+ 3,3
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	51 990	+ 4,1	50 973	+ 3,2

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 2/90

	Seite
Aktuelle Auslese	23
Aufsätze	
Die Preisindizes für die Lebenshaltung	24
Die Bedeutung neuer Pendlerzahlen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder	36
Grafik des Monats	29
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 9/1989**
 Bevölkerung nach dem Schulabschluß
 Europawahl 1989
 Hofnachfolge in landwirtschaftlichen Betrieben
 Verarbeitendes Gewerbe:
 Inlandsbestellungen ziehen nach
- Heft 10/1989**
 Beschäftigte und Arbeitsstätten 1987
 Kompensatorische Kosten des Sozialprodukts
- Heft 11/1989**
 Lebensunterhalt der Bevölkerung 1987
 Öffentliche Abfallbeseitigung 1987
- Heft 12/1989**
 Lehrerinnen und Lehrer
 Gestaltung statistischer Tabellen
 Krankheiten der Krankenhauspatienten 1988
- Heft 1/1990**
 Unternehmen und Beschäftigte 1987
 Pendler 1987
 Verarbeitendes Gewerbe kräftig belegt
 Geburtenziffern 1988

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Geburtenziffern 1988	1/17
Erwerbstätigkeit	
Pendler 1987	1/14
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Unternehmen und Beschäftigte 1987	1/ 5
Produzierendes Gewerbe	
Verarbeitendes Gewerbe kräftig belebt	1/16
Preise	
Die Preisindizes für die Lebenshaltung	2/27
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Die Bedeutung neuer Pendlerzahlen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder	2/36



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

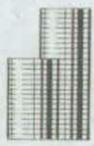
42. Jahrgang

Heft 2

Februar 1990

Aktuelle Auslese

Höheres Steueraufkommen



1989 sind in Schleswig-Holstein 13,0 Mrd. DM an staatlichen Steuern aufgekomen, das sind 1,1 Mrd. DM oder 9,2 % mehr als ein Jahr zuvor. Knapp neun Zehntel des gesamten Aufkommens erbrachten die gemeinschaftlichen Steuern. Sie erhöhten sich um 9,1 % auf 11,6 Mrd. DM. Die größte Steigerung wiesen die Steuern vom Einkommen aus, sie nahmen um 10,6 % zu. Die gewichtigste Einzelsteuer, die Lohnsteuer, stieg um 7,8 % auf 5,4 Mrd. DM an. Bei den Steuern vom Umsatz war ein Zuwachs um 214 Mill. DM (+ 6,2 %) zu verzeichnen. Während die inländische Umsatzsteuer um 65 Mill. DM höher ausfiel, verbesserte sich das Aufkommen aus der Einfuhrumsatzsteuer um 150 Mill. DM.

Der Zuwachs der Bundessteuern um 48,3 Mill. DM ist hauptsächlich auf das Mehraufkommen an Versicherungssteuer (+ 19,7 Mill. DM), an Mineralölsteuer (+ 14,6 Mill. DM) und an Steuern aus dem Branntweinmonopol (+ 13,8 Mill. DM) zurückzuführen.

Die Landessteuern übertrafen mit 849 Mill. DM das Vorjahresaufkommen um 77 Mill. DM (+ 10,0 %). Einnahmewachse erzielten zur Hauptsache die Grunderwerbsteuer mit 24 Mill. DM (+ 17,7 %) und die Kraftfahrzeugsteuer um 45 Mill. DM (+ 14,0 %).

Umsatzplus im Einzelhandel



Im November 1989 setzte der Einzelhandel in Schleswig-Holstein nominal 6,3 % und real 3,6 % mehr um als im November 1988. In den Monaten Januar bis November 1989 zusammen stiegen die Umsatzwerte im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal um 5,1 % und real um 2,5 % an.

Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich gegenüber November 1988 um 0,6 % und im Durchschnitt der Monate Januar bis November 1989 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 1,3 %.



Über 37 000 Studenten im Wintersemester 1989/90

Im Wintersemester 1989/90 sind an den schleswig-holsteinischen Hochschulen 37 224 Studenten eingeschrieben. Das sind 6 % mehr als im Wintersemester 1988/89. Der Frauenanteil liegt unverändert bei 37 %. Die Zahl der Studienanfänger im ersten Hochschulsemester stieg um 9 % auf 5 583.

An den Universitäten blieb die Zahl der Studenten mit 19 323 nahezu konstant. Davon studierten an der CAU Kiel 18 099 (+ 1 %) und an der Medizinischen Universität Lübeck unverändert 1 224.

An den pädagogischen Hochschulen stieg die Studentenzahl in Flensburg auf 736 (+ 19 %) und in Kiel auf 1 672 (+ 11 %). Ein Anstieg um 8 % auf 375 Studenten ist an der Musikhochschule Lübeck zu verzeichnen.

Die Zahl der Studenten an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschule) erhöhte sich um 13 % auf 14 147. Davon studieren in Flensburg 2 084 (+ 26 %), in Kiel 5 318 (+ 5 %), in Lübeck 2 958 (+ 17 %), in Wedel 1 108 (+ 1 %) und an der Fernfachhochschule Rendsburg 2 679 (+ 22 %). Mit 971 ist die Zahl der Studierenden an der Verwaltungsfachhochschule konstant geblieben.

Sozialhilfe 1987



Im Jahre 1987 erhielten in Schleswig-Holstein 135 700 Personen Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz, 57 000 Männer und 78 700 Frauen. Von 1 000 Einwohnern, gemessen an der durchschnittlichen Bevölkerung des Jahres 1986, bezogen 52 Sozialhilfe; von 1 000 männlichen 45 und von 1000 weiblichen 58. Der Anteil der minderjährigen Empfänger betrug 28 %, im Alter von 18 bis 64 Jahren befanden sich 54 %, und 18 % waren älter. Innerhalb von Einrichtungen hielten sich 28 100 Hilfeempfänger auf, außerhalb von Einrichtungen lebten 109 800.

Die Preisindizes für die Lebenshaltung

Über historische Entwicklungen der Preisindizes der Lebenshaltung und einige indextheoretische Aspekte wurde in den Heften 12/1983 und 1/1985 dieser Zeitschrift berichtet. Dieser Aufsatz knüpft daran an. Es werden die Problematik der langfristigen Vergleiche angesprochen und die preisstatistischen Quellen aufgezeigt, die für praktische Zwecke behelfsmäßige Verbindungen zwischen vorhandenen Preisindexreihen ermöglichen, und die strukturellen Änderungen der Warenkörbe geschildert. Abschließend werden die Auswirkungen auf den Preisindex für Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach der Umbasierung 1985 und die Folgen dargelegt.

Die Aufgaben der Preisindizes

Wenn vom „Warenkorbindex“, „Kaufkraftindikator“, „Geldwertindex“ oder vom „Inflationsmaßstab“ oder ähnlichen Begriffen die Rede ist, meinen fast alle das gleiche: die Preisentwicklung bei den Gütern des privaten Verbrauchs. Gemessen und in einer Zahl zusammengefaßt wird diese Entwicklung in dem monatlich veröffentlichten Preisindex für die Lebenshaltung.

Das Statistische Bundesamt berechnet fünf verschiedene Lebenshaltungsindizes, nämlich

- den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, der als allgemeiner Indikator für die Entwicklung der Verbraucherpreise anzusehen ist;

ferner Indizes für bestimmte ausgewählte Haushaltstypen, nämlich für die Lebenshaltung

- von 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen,
- von 4-Personen-Haushalten von Arbeitnehmern mit mittlerem Einkommen und
- von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern;

schließlich wird berechnet der Index

- für die einfache Lebenshaltung eines Kindes.

Diese Preisindizes geben in einer Zahl die durchschnittlichen Preisveränderungen für alle Güter des täglichen

Lebens an. Sie sind wichtige Indikatoren für die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik. Auch bilden sie wichtige Anhaltspunkte für die Tarifverhandlungen der Sozialpartner und für verschiedene Unternehmens- sowie Berufsverbände. Darüber hinaus bilden sie auch für einzelne Haushalte wertvolle Informationen, die umso nützlicher sind, je mehr der individuelle Warenkorb eines Einzelhaushalts dem Index-Warenkorb ähnelt.

Die typbestimmten Indexhaushalte lassen erkennen, wie einerseits Haushalte mit Kindern im Vergleich zu solchen ohne Kinder von Preissteigerungen betroffen sind und andererseits, wie unterschiedlich sich Preissteigerungen bei hohen oder niedrigen Haushaltseinkommen auswirken. Schließlich kommen vielen Interessenten die Indexberechnungen bei bestimmten Arten von Rechtsgeschäften zugute, z. B. bei Wertsicherungsklauseln in Verträgen über laufende Zahlungen wie Pachtverträgen oder Grundstücksverkäufen auf Rentenbasis. Wertsicherungsklauseln werden auch in Gesetzen festgelegt; nach § 16 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung sind z. B. die zugesagten Versorgungsleistungen alle drei Jahre nach dem Stand des Lebenshaltungsindex eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen anzupassen. Der Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes dient der Regelung von Unterhaltszahlungen.

Der umfassendste und bedeutendste Index auf der Letztverbraucherstufe ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Da er sich auf die Verbraucherverhältnisse im Gesamtdurchschnitt bezieht, kann er als allgemeiner Indikator für die Entwicklung der Verbraucherpreise angesehen werden. Obwohl mit ihm streng genommen nur die Kaufkraft der DM beim Kauf von ausgewählten Lebenshaltungsgütern durch die privaten Haushalte gemessen wird, gilt er als allgemeiner Kaufkraftmaßstab, weil einerseits eine Totalerfassung aller Arten von Käufen unmöglich ist und andererseits die Käufe der privaten Haushalte mehr als die Hälfte des Wertes des Bruttosozialproduktes ausmachen. Entscheidend ist, daß eine Totalerhebung sämtlicher Verbraucherpreise gar nicht erforderlich ist, weil sowohl von der Seite der Herstellungskosten als auch von der Nachfrageseite starke Marktkräfte tendenziell für eine parallele Preisentwicklung innerhalb einer Gütergruppe sorgen.

Langfristige Preisvergleiche

Jeder Index hat seine spezifische Zweckbestimmung, seine Logik und seinen begrenzten Aussagewert, der sich aus dem Bereich ergibt, für den er berechnet ist. Problematisch sind deshalb langfristige Kaufkraftvergleiche, weil die heute vorhandenen Indexziffern ihrem Aufbau nach früher berechneten Indizes nicht gleichkommen und deshalb immer nur einen unmittelbaren Vergleich für verhältnismäßig kurze Zeitspannen gestatten. Grundsätzlich muß daher daran festgehalten werden, Indexreihen nur auf Tatbestände anzuwenden, auf die sich der betreffende Index nach den zugrunde liegenden Verbrauchsverhältnissen und Warenkombinationen bezieht.

Indizes, die die Verbraucherpreisentwicklung in allen Bereichen der Lebenshaltung in Deutschland darstellen, werden seit 1924 berechnet. Von 1924 bis 1944 veröffentlichte das Statistische Reichsamt die „Reichsindexziffern für Lebenshaltungskosten“, denen die Verbrauchsverhältnisse in fünfköpfigen Arbeiterfamilien zugrunde lagen.

Preisreihen und entsprechende Indexberechnungen privater Autoren für den Ernährungsbereich gehen bis auf das Jahr 1881 zurück. In den Jahren von 1913 bis 1923 wurde durch die amtliche Statistik die Preisentwicklung in den wichtigsten Teilbereichen der Lebenshaltung systematisch beobachtet, so daß Gütergruppenindizes für Ernährung, Wohnung, Hausrat und Bekleidung vorliegen.

Die folgenden Indexreihen weichen in methodischer Hinsicht und in ihren Bezugsgrundlagen (Haushaltstyp, Gebietsstand usw.) voneinander ab. Sie sind deswegen streng genommen nicht miteinander vergleichbar. Da sie aber die einzige Möglichkeit bieten, die Entwicklung der Verbraucherpreise rückwirkend langfristig zu verfolgen, sind sie vom Statistischen Bundesamt behelfsweise zu einer durchlaufenden Reihe verbunden worden.¹ Diese setzt sich aus folgenden Abschnitten zusammen. Von 1881 bis 1913 wurden Lebenshaltungsindizes aus dem Ernährungsbereich aus einem Durchschnitt von zehn Indexziffern verschiedener privater Autoren errechnet, auf die jedoch hier nicht mehr eingegangen werden soll.

Von 1914 bis 1919 ergeben sich folgende Jahresdurchschnitte aus monatlichen Gütergruppenindizes für Ernährung, Wohnung, Hausrat und Bekleidung:

1914 $\hat{=}$ 100	1918 $\hat{=}$ 310
1915 $\hat{=}$ 135	1919 $\hat{=}$ 490
1916 $\hat{=}$ 180	1920 $\hat{=}$ 1 044
1917 $\hat{=}$ 225	1921 $\hat{=}$ 1 337

Für die letztgenannten zwei Jahre beziehen sich die Zahlen auf Durchschnitte aus Gütergruppenindizes für Ernährung, Wohnung, Beleuchtung und Bekleidung. Für die folgenden Jahre 1922 und 1923 erschien eine Berechnung von Jahresdurchschnitten aus den vorhandenen Monatszahlen wegen der sprunghaften Geldentwertung in dieser Zeit nicht angebracht.

Preisindex für die Lebenshaltung im Deutschen Reich bzw. im Bundesgebiet

(Jahresdurchschnitt von 4-Personen-Arbeitnerhaushalten mit mittlerem Einkommen)

Jahr	Umbasierte Werte	
	1913/14 $\hat{=}$ 100	1938 $\hat{=}$ 100
1924	130,8	104,1
1925	141,8	112,9
1926	142,1	113,1
1927	147,9	117,8
1928	151,7	120,8
1929	154,0	122,6
1930	148,1	117,9
1931	136,1	108,4
1932	120,6	96,0
1933	118,0	93,9
1934	121,1	96,4
1935	123,0	97,9
1936	124,5	99,1
1937	125,1	99,6
1938	125,6	100
1939	126,2	100,5
1940	130,1	103,6
1941	133,2	106,1
1942	136,6	108,9
1943	138,5	110,3
1944	141,4	112,6
1945	145,0	115,0
1946	158,0	126,0
1947	169,0	134,0

1) Anlage zum Rundschreiben des Statistischen Bundesamtes vom 18. 10. 1955, VI/3 und Sondertabelle 1.6, Fachserie 17, Reihe 7, 1988, S. 9 und 118

Die Indexreihen von 1924 bis 1944 basieren auf Verbrauchsverhältnissen von 1934 im Reichsgebiet (jeweiliger Gebietsstand) einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie.

Ab 1945 gilt der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen nach den Verbrauchs- und Preisverhältnissen von 1950; dieser immer noch am meisten nachgefragte Index ist durch das Statistische Bundesamt seither mehrmals den Veränderungen der Verbraucherstruktur angepaßt worden. Diese Anpassungen setzten vor-

aus, daß zunächst statistische Unterlagen über die Änderung der Lebenshaltungsausgaben vorliegen und mit Hilfe dieser Unterlagen Kontrollrechnungen durchgeführt werden. Eine Indexumstellung kann deshalb immer nur nachträglich erfolgen und führt dazu, daß Rückrechnungen und „Ankettungen“ an frühere alte Indexreihen vorgenommen werden müssen.

Übersicht 1

Der Preisindex für Lebenshaltung im Bundesgebiet (vor 1962 ohne Berlin, vor 1960 auch ohne Saarland) Originalbasis 1985 und umbasierte Werte

Jahr	Jahresdurchschnitte für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen								
	1985=100	1980=100	1976=100	1970=100	1962=100	1958=100	1950=100	1938=100	1913/14=100
1948 ^a	35,6	43,0	49,8	69,7	85,1	91,8	108,0	168,3	211,4
1949	35,2	42,5	49,2	68,9	84,0	90,7	106,7	166,3	208,9
1950	33,0	39,8	46,2	64,5	78,8	85,0	100	155,8	195,7
1951	35,5	42,9	49,7	69,6	84,9	91,6	107,8	168,0	211,0
1952	36,3	43,8	50,8	71,0	86,7	93,5	110,0	171,5	215,4
1953	35,6	43,0	49,9	69,8	85,1	91,9	108,1	168,4	211,5
1954	35,7	43,1	50,0	69,9	85,3	92,0	108,2	168,7	211,9
1955	36,3	43,8	50,8	71,0	86,7	93,5	110,0	171,5	215,4
1956	37,2	44,9	52,1	72,8	88,9	95,9	112,9	176,0	221,1
1957	38,0	45,9	53,2	74,4	90,7	97,9	115,2	179,5	225,5
1958	38,8	46,8	54,3	75,9	92,7	100	117,7	183,4	230,4
1959	39,1	47,3	54,8	76,7	93,6	101,0	118,8	185,2	232,6
1960	39,7	48,0	55,6	77,8	94,9	102,4	120,5	187,9	236,0
1961	40,7	49,1	56,9	79,6	97,1	104,7	123,2	192,3	241,5
1962	41,8	50,5	58,6	81,9	100	107,9	126,9	198,0	248,6
1963	43,1	52,1	60,3	84,4	103,0	111,1	130,7	204,0	256,2
1964	44,1	53,3	61,8	86,4	105,4	113,7	133,8	208,7	262,1
1965	45,6	55,1	63,8	89,3	109,0	117,5	138,3	215,8	271,0
1966	47,2	57,0	66,1	92,4	112,8	121,7	143,1	223,4	280,5
1967	47,9	57,8	67,0	93,8	114,4	123,4	145,2	226,5	284,5
1968	48,5	58,6	67,9	95,0	115,9	125,0	147,1	229,5	288,3
1969	49,5	59,8	69,3	96,9	118,3	127,6	150,1	234,2	294,1
1970	51,1	61,7	71,5	100	122,1	131,7	154,9	241,7	303,5
1971	53,7	64,8	75,2	105,1	128,3	138,4	162,8	254,0	319,0
1972	56,6	68,3	79,2	110,7	135,1	145,8	171,5	267,6	336,0
1973	60,4	72,9	84,6	118,2	144,3	155,7	183,1	285,8	358,8
1974	64,5	77,9	90,3	126,3	154,1	166,2	195,5	305,1	383,2
1975	68,4	82,6	95,8	134,0	163,5	176,4	207,5	323,8	406,6
1976	71,5	86,3	100	139,9	170,6	184,1	216,6	337,9	424,4
1977	73,9	89,3	103,5	144,8	176,6	190,5	224,2	349,8	439,3
1978	75,8	91,6	106,1	148,4	181,1	195,3	229,9	358,6	450,4
1979	78,7	95,0	110,2	154,0	188,0	202,7	238,6	372,2	467,5
1980	82,8	100	115,9	162,1	197,9	213,4	251,1	391,8	492,0
1981	88,1	106,3	123,3	172,3	210,4	226,9	267,0	416,6	523,1
1982	92,7	112,0	129,8	181,5	221,5	238,9	281,1	438,6	550,8
1983	95,8	115,6	134,0	187,4	228,8	246,7	290,3	453,0	568,9
1984	98,0	118,4	137,2	191,9	234,2	252,5	297,2	463,7	582,3
1985	100	120,7	140,0	195,7	238,9	257,6	303,1	473,0	594,1
1986	99,8	120,5	139,7	195,3	238,5	257,1	302,6	472,2	592,9
1987	99,9	120,6	139,8	195,5	238,6	257,3	302,8	472,5	593,5
1988	101,0	122,0	141,4	197,6	241,3	260,2	306,1	477,7	600,0
1989	103,9	125,5	145,5	203,3	248,2	267,7	315,0	491,5	617,3

a) 2. Halbjahr

Wie bereits unterstrichen, sind die dargestellten durchlaufenden Reihen für die Jahre 1914 bis 1947 nur behelfsweise aufgrund von verschiedenen Unterlagen aus verschiedenen Zeitabschnitten zusammengestellt, weil u. a. Wertmaßstäbe im Rahmen der Wiedergutmachung und des Lastenausgleichs der Nachkriegsjahre erforderlich wurden.

Generell sollen aber Indexziffern nicht nur historischen Zeitvergleichen dienen, sondern ein lebendiges und vor allem zeitnahes Instrument für die laufende Wirtschaftsbeobachtung bieten, das als realistische Grundlage für wirtschaftspolitische Entscheidungen anerkannt wird. Mit den Indexreformen der 50er und 60er Jahre wurde die behelfsmäßige Berechnung aufgegeben und anlässlich der Indexneuberechnungen 1950, 1958, 1962, 1970, 1976, 1980 und 1985 schrittweise ein umfassendes „konsistentes Indexsystem“² geschaffen.

Die Übersicht 1 zeigt die neueste Indexreihe für den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen auf der Originalbasis 1985 und mit allen umbasierten und angeketteten Werten einzelner Indexumstellungsjahre, wobei die Jahresindizes einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes sind.

Aufbau und Berechnung der Preisindizes

Alle vom Statistischen Bundesamt berechneten Preisindizes — und damit auch die für die Lebenshaltung — weisen die reinen Preisentwicklungen nach. Dies geschieht, indem alle preisbestimmenden Merkmale (z. B. Menge, Qualität, Bezugswege, Konditionen, Zahlungsmodalitäten, Liefertermine, Garantieleistungen usw.) unverändert bleiben.

Die Preisindizes für die Lebenshaltung zerfallen in einen Preis- und einen Wägungsteil.

Für ausgewählte Güter der Lebenshaltung werden um die Mitte eines jeden Monats die Preise in Berichtsstellen von 118 Gemeinden des Bundesgebietes (davon in Schleswig-Holstein 10) erhoben. Dabei handelt es sich um Waren und Leistungen, die von der Mehrzahl der privaten Haushalte nachgefragt und verbraucht werden und im Rahmen ihres Budget eine große Bedeutung besitzen. Diese Preisrepräsentanten bzw. ausgewählten Güter sind im sogenannten „Warenkorb“ zusammengefaßt und stellen die typische Güterauswahl für

den Durchschnittshaushalt dar. Die Berichtsstellen wählen im Rahmen der Warenbeschreibungen die bei ihnen gängigste Ausführung einer jeden Ware gleicher Sorte und Qualität für die Preismeldung aus. Aus den Einzelpreisen der möglichst selben Berichtsstellen werden Gemeindedurchschnittspreise und aus diesen als arithmetischer Mittelwert einfache Landesdurchschnittspreise errechnet. Aus den Landesdurchschnittspreisen der verschiedenen Güter und Dienste werden Preismeßzahlen — d. h. die an den jeweiligen Basisjahrpreisen gemessenen Preise des Beobachtungszeitpunktes — berechnet. Diese Preismeßzahlen aus 11 Bundesländern werden nach vorheriger Gewichtung mit dem prozentualen Bevölkerungsanteil des jeweiligen Landes (für Schleswig-Holstein nach der Volkszählung 1987 mit 4,2 %) zu Bundesmeßzahlen umgerechnet. Aus absoluten Preisen werden Meßzahlen und daraus Indizes ermittelt, wobei eine Meßzahl eine Anzahl gleichartiger und ein Index eine Anzahl verschiedenartiger Güterpreise auf einen Nenner bringt.

Da jedoch Verteuerungen und Verbilligungen der einzelnen Güter in den Haushalten unterschiedlich empfunden werden, müssen darüber hinaus die Preisveränderungen entsprechend ihrer Bedeutung für den privaten Haushalt gewogen werden. Die Wägungsschemata werden aus anderen verbrauchsstatistischen Erhebungen abgeleitet, in denen Haushalte ihre Einnahmen und Ausgaben aufzeichnen. So wird für den Preisindex aller privaten Haushalte das Wägungsschema aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gezogen (z. B. bei der Umbasierung 1980 aus 48 000 Haushalten aller Sozialschichten, aller Haushaltsgrößen, aus allen Gemeindegrößenklassen) und für die Preisindizes der 4-Personen-Haushalte mit höheren sowie mittleren Einkommen aus der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen (z. B. 1980 aus 381 bzw. 428 Haushalten in Gemeinden mit 20 000 Einwohnern und mehr). Für den Preisindex der Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern bezieht sich das Wägungsschema auf 163 Haushalte in Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern. Das Wägungsschema für den Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes beruht dagegen auf einem Bedarfsschema aus dem Jahre 1976 mit entsprechenden Hochrechnungen auf die Preisentwicklung 1980 bzw. 1985.

Die strukturellen Änderungen des Warenkorbes

Soll der Preisindex für die Lebenshaltung seiner gesellschaftspolitischen Aufgabe, ein aktueller Wertmesser der Preisentwicklung zu sein, nachkommen, so muß er das veränderte Güterangebot und Konsumver-

2) Guckes, S., Aus der Praxis der Berechnung von Preisindizes, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 1979, S. 298.

Übersicht 2:
Entwicklung des Erhebungskatalogs

Basis-jahr	Im Warenkorb aufgrund der geringer gewordenen Verbrauchsbedeutung ausgeschiedene Güter	zunehmenden neue aufgenommene Güter (ausgewählte Beispiele)
1958	Kunsthonig Matratze, Seegras Rundfunkröhre 164 Rundfunkröhre AK 2 Taghemd für Damen, Kunstseide	Obst-Konserven Zechenbrechkoks, Heizöl Wohnzimmer, Anbaumöbel Öl-ofen, Gasher-d, Werkzeuge Waschmaschine Musikinstrumente Chem. Reinigung Private Kranken-versorgung Oper, Theater Gesellschaftsreise Sportveranstaltung Kraftfahrzeuge Kfz-Versicherung
1962	Damen-Kleiderstoff, Kunstseide Kohlenherd Wanne, verzinkt Eßbesteck, Alpaka Eimer, emailliert Gußkochplatte Waschtopf Leihbücher	höherwertige Nahrungsmittel Sportschuhe Tapeten und Farben Gartengeräte Gebrauchs- und Verbrauchs- güter für Kraftfahrzeuge Leistungen für Kraftfahr- zeuge Arzt-, Krankenhausleistungen Filmgeräte Hausratsversicherung Rechtsanwaltsgebühren Flugverkehr, Wohnwagen Sport- und Campingartikel Haustiere, Bankgebühren
1970	Damen-Kleid, Acetatseide elektr. Heizlüfter Geleeglas	Ausbau der 1958 und 1962 aufgenommenen Gütergruppen
1976	Kaffee-Ersatz leere Konservengläser und Gummiringe Damenhandschuhe aus Wolle markenfreier Schaumwein	Herren-Lederjacke Damen-Pelzmantel Tiefkühltruhe elektr. Bohrmaschine Reisepaßgebühren elektr. Taschenrechner Quarzarmbanduhr TÜV-Gebühren Ferienwohnungen Campingplätze
1980	Hüftmieder HiFi-Tonbandgerät Nachtkonsole Frisiergelegenheit Warnblinkleuchte f. Kfz Aus- u. Einbau eines Motors	TV-Multispiel Video-Recorder Polstergarnitur Führerscheinegebühr Möbeltransport
1985	Fruchtjoghurt Kartoffelpüree Speiseerbsen, Roastbeef Rotkohl, Putenschenkel Herrenschlafanzug Heizölkanne Klappcouch, Höhensonne Diesel Schwarz-Weiß TV Kassettenrecorder Skate-Roller Kolleg-Mappe S-8-Color-Schmalfilm	Fertigpudding Diätmargarine Karottensaft, Rinderroulade Chinakohl, Putenschnitzel Sporthose Fensterdekoration Zweisitziges Liegesofa UV-Oberkörperbräuner Bleifrei-Benzin Elektronische Orgel Walkman, Tennisschläger Aktenkoffer Leihgebühr für Videos

Quelle: Rasch, H. G., Preisindex für die Lebenshaltung und Wertsicherungsklauseln, Sonderdruck aus: Neue Juristische Wochenschrift, April 1985, Heft 17, S. 3 und Pressemappe des Statistischen Bundesamtes vom 31. 10. 1989

halten berücksichtigen. Denn die am Markt angebotenen Güter und das Konsumverhalten der Haushalte sind statistisch keine unveränderlichen Größen. Vorhandene Waren werden verändert, neue erscheinen, andere verschwinden, die technische Entwicklung beeinflusst die Art der Güter, die den Haushalten zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite wird der Verbrauch durch das Einkommen der Haushalte und damit durch die für den Konsum zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel bestimmt. Wie die ausgewählten Beispiele für die Entwicklung des Erhebungskatalogs (Übersicht 2) und die Bestimmungsgrößen für die Wägungsschemata (Übersicht 3) zeigen, werden die Verbrauchsausgaben, der Erhebungskatalog und das Wägungsschema (Übersicht 4) der jeweiligen Entwicklung angepaßt, um die Preisentwicklung umfassend und richtig wiederzugeben.

Übersicht 3
Bestimmungsgrößen für die Wägungsschemata der Preisindizes auf jeweiliger Basis

Basis-jahr	Alle privaten Haushalte	4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	4-Personen-Haushalte von Arbeitnehmern mit mittlerem Einkommen	2-Personen-Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern
Verbrauchsausgaben je Monat und Haushalt in DM				
1962	740	1 528	742	310
1970	1 294	1 996	1 157	532
1976	2 326	3 298	2 053	889
1980	2 665	4 148	2 575	1 192
1985	3 105	4 964	3 044	1 526
Anzahl der verschiedenen Waren und Leistungen (Indexpositionen bzw. Preisrepräsentanten)				
1962	879	798	521	448
1970	899	882	864	675
1976	799	771	762	664
1980	753	749	749	691
1985	751	747	747	704

Die DM-Beträge und die Promille-Anteile der Hauptwaren- und -leistungsgruppen des jeweiligen Warenkorbes (Übersicht 4) zeigen das veränderte Konsumverhalten der letzten drei Jahrzehnte.

Auch im Wägungsschema der Preisindizes lassen sich die volkstümlichen Bezeichnungen wie „Freß-, Einrichtungs-, Reisewelle und Ökowelle“ nachvollziehen. Für den Lebenshaltungsindex aller privaten Haushalte besteht der Warenkorb 1985 aus 751 Gütern und Dienstleistungen. Gegenüber 1980 wurden 83 Produkte gestrichen und 81 neu aufgenommen. Dabei besteht nur der kleinste Teil der Neuaufnahmen aus brand-

Übersicht 4

Wägungsschemata der Preisindizes für die Lebenshaltung nach Hauptwaren- und -leistungsgruppen 1962 bis 1985

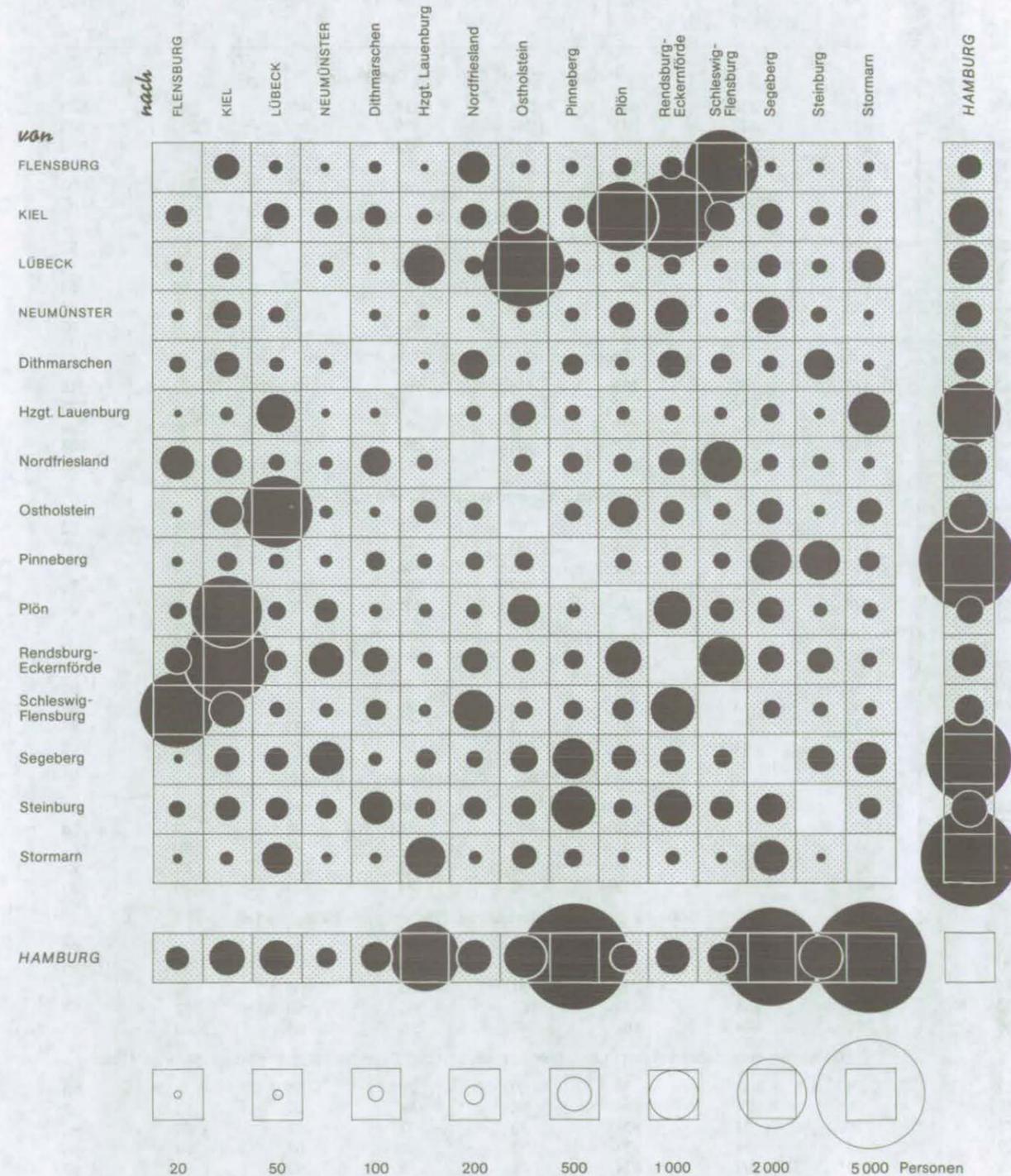
Basis- jahr	Alle privaten Haushalte		4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		4-Personen-Haushalte von Arbeitnehmern mit mittlerem Einkommen		2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern	
	Wägungsanteile							
	DM	%0	DM	%0	DM	%0	DM	%0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren								
1962	294	398	468	306	326	440	164	528
1970	432	333	533	267	426	368	233	438
1976	621	267	754	228	622	303	346	388
1980	664	249	877	211	725	282	397	333
1985	714	230	1 002	202	790	260	464	304
Bekleidung, Schuhe								
1962	89	120	163	107	89	120	22	72
1970	130	101	199	100	118	102	37	70
1976	203	87	300	91	177	86	56	63
1980	218	82	351	85	227	88	79	66
1985	216	70	397	80	234	77	80	53
Wohnungsmiete, Energie (ohne Kraftstoffe)								
1962	112	152	223	146	103	139	67	216
1970	223	172	332	166	220	190	146	274
1976	425	182	596	181	409	199	266	299
1980	568	213	792	191	559	217	365	306
1985	777	250	1 124	226	771	253	515	338
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter der Haushaltsführung								
1962	87	117	163	107	82	110	26	83
1970	147	114	194	97	99	85	43	80
1976	233	100	299	91	185	90	79	89
1980	250	94	360	87	200	78	90	75
1985	224	72	308	62	201	66	95	62
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege								
1962	25	34	72	47	23	31	9	29
1970	52	40	122	61	39	34	19	35
1976	100	43	185	56	58	28	31	35
1980	108	40	231	56	71	28	56	47
1985	127	41	278	56	90	29	74	48
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung								
1962	57	77	248	162	46	62	7	23
1970	136	105	283	142	118	102	20	38
1976	343	148	561	170	280	137	48	54
1980	381	143	579	140	341	132	84	71
1985	447	144	719	145	424	139	130	86
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (ohne Gastgewerbe)								
1962	48	64	115	75	47	63	11	36
1970	79	61	157	79	79	69	23	43
1976	183	79	299	91	185	90	41	47
1980	226	85	425	102	240	93	67	57
1985	260	84	482	97	286	94	88	57
Güter der persönlichen Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, sonstige Güter								
1962	28	38	76	50	26	35	4	13
1970	95	74	176	88	58	50	11	22
1976	218	94	304	92	137	67	22	25
1980	250	94	533	128	212	82	54	45
1985	340	109	654	132	248	82	80	52

Wanderungen über die Kreisgrenzen Schleswig-Holsteins

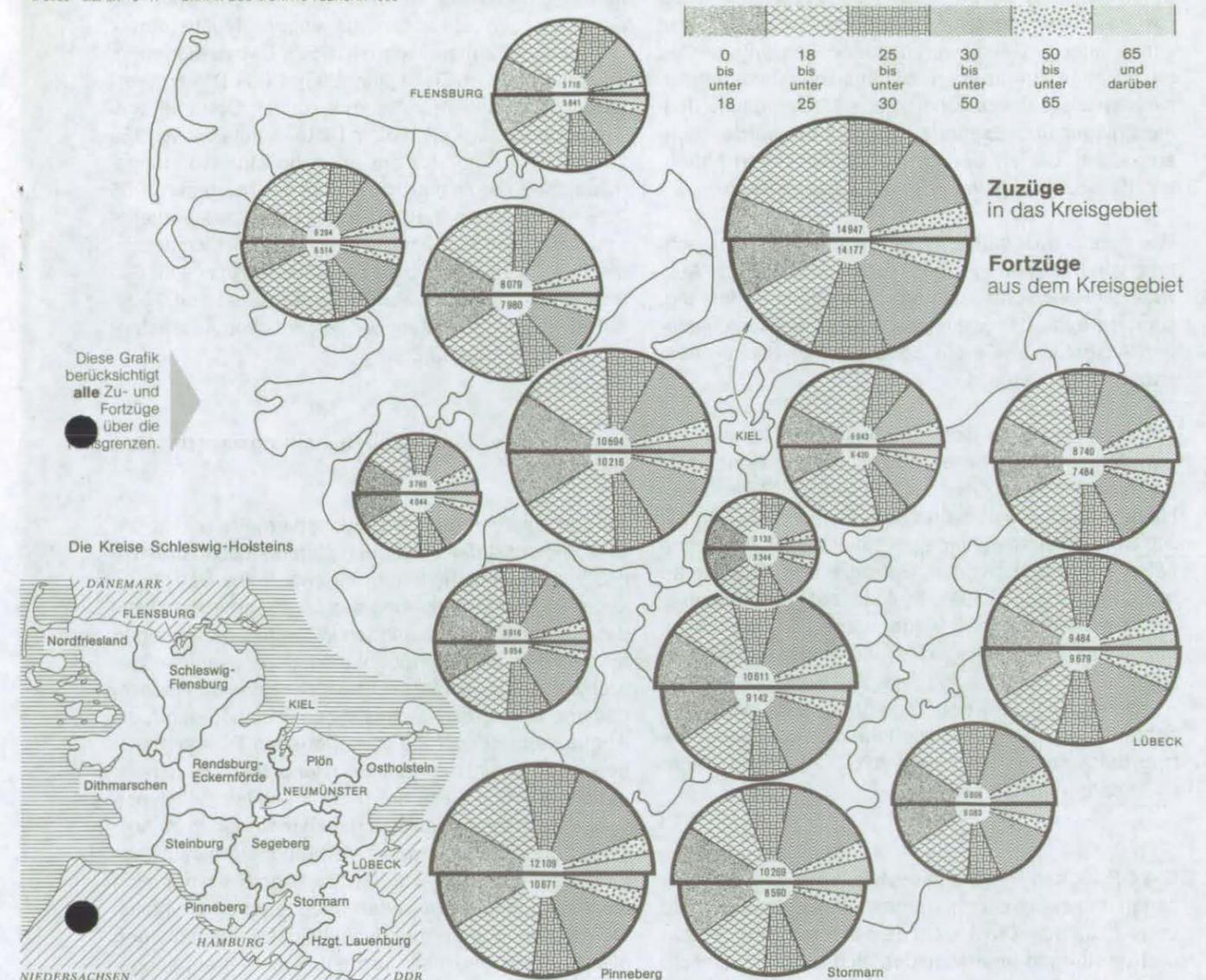
Jahresdurchschnitt von 1984 bis 1988

D 5830 Stat. LA S-H GRAFIK DES MONATS FEBRUAR 1990

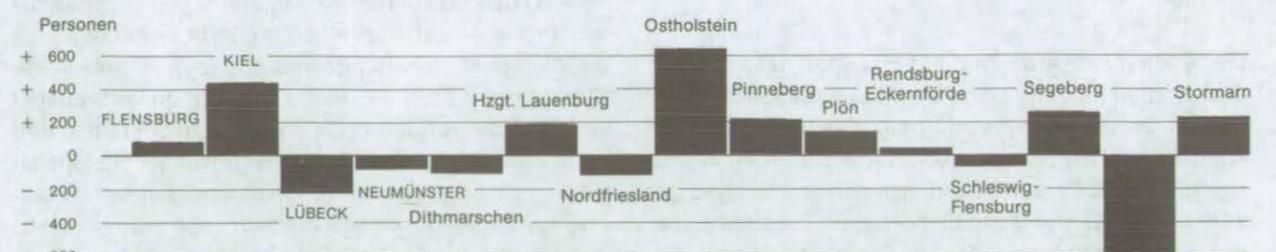
Wanderungen zwischen den Kreisen sowie von und nach Hamburg



Zu- und Fortzüge nach dem Alter



Diese Grafik berücksichtigt alle Zu- und Fortzüge über die Kreisgrenzen.



Der hohe negative Saldo für den Kreis Steinburg ergibt sich aufgrund des im Kreis ansässigen zentralen Aufnahmelaagers für Asylbewerber. Dieses Aufnahmelaager gibt ständig Asylbewerber weiter an die Kreise des Landes. Die Darstellung der Salden „zwischen den Kreisen“ berücksichtigt nicht, daß diese Asylbewerber vor ihrer Weiterleitung zunächst einmal in den Kreis Steinburg zuziehen, da sie aus dem Ausland oder aus anderen Bundesländern kommen. In dem Saldo ebenfalls nicht eingegangen sind die Fortzüge ins Ausland oder in die anderen Bundesländer.

neuen Erzeugnissen, die erst nach 1980 auf den Markt kamen, wie bleifreies Normal- und Superbenzin sowie Video-Cameras. Bei den anderen neu hinzugenommenen Positionen handelt es sich um Güter, die teilweise schon lange am Markt waren, aber erst in jüngerer Zeit als wichtige Gradmesser zur Inflationsermittlung erkannt wurden. Hierzu gehören u. a. Diätmargarine, Tennisschläger und Expander. Gestrichen wurden Konsumartikel, die an Bedeutung stark verloren haben, wie Kakao, Heizölkannen und Filmprojektoren.

Wie bereits ausgeführt, ist für die objektive Beobachtung von Preisbewegungen nicht nur die richtige Auswahl der Preisrepräsentanten von zentraler Bedeutung, sondern auch das jeweilige Gewicht der verschiedenen Ausgaben sowie die Höhe der monatlichen Ausgaben des Haushalts.

Betrachtet man die Bestimmungsgrößen für die Wägungsschemata der Preisindizes auf jeweiliger Basis (Übersichten 3 und 4), so mußten 1962 die 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit 310 DM auskommen (dagegen 1985: 1 526), davon entfielen auf Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren fast 53 % (dagegen 1985: 30,4 %), auf Wohnungsmieten und Energie fast 22 % (dagegen 1985: fast 34 %), auf Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter der Haushaltsführung 8,3 % (dagegen 1985: 6,2 %). Die Ausgaben für Güter des Verkehrs und für die Nachrichtenübermittlung sind kontinuierlich gestiegen; betrug der Anteil im Warenkorb 1962 2,3 %, so waren es 1985 bereits 8,6 %.

Die 4-Personen-Haushalte bestehen aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern, darunter mindestens ein Kind unter 15 Jahren. Die Anzahl der verschiedenen Waren und Leistungen unterscheiden sich nicht wesentlich. Wichtig sind vielmehr die Gewichtungen einzelner Positionen.

Der 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen hatte für seine Verbrauchsausgaben 1962 monatlich 742 DM zur Verfügung, davon entfielen auf Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 44 %, auf Bekleidung 12 %, auf Wohnungsmiete und Energie fast 14 %, auf Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter der Haushaltsführung 11 %. Die monatlichen Verbrauchsausgaben im Jahre 1985 betragen dagegen 3 044 DM. Davon entfallen auf Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 26 %, auf Bekleidung und Schuhe nur 7,7 %, dagegen auf Wohnungsmiete und Energie 25,3 % und auf Güter des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung fast 14 %.

Eine ähnliche Entwicklung ist bei den 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen zu verzeichnen, wenn auch die Gewichtungen etwas anders liegen. Mußte dieser Haushalt 1962 monatlich mit 1 528 DM auskommen, so stehen ihm im Basisjahr 1985 4 964 DM zur Verfügung. Der Anteil für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ging von 1962 mit 30,6 % auf 20,2 % 1985 zurück. Der Anteil für die Ausgaben für Wohnungsmiete und Energie betrug 1962 14,6 %, dagegen 1985 22,6 %. Während die Anteile für Güter des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung kontinuierlich abnahmen, erhöhten sich in dem Zeitraum die Anteile für Güter der Bildung, Unterhaltung und Freizeit von 7,5 % auf 9,7 % und bei Gütern der persönlichen Ausstattungen von 5 % auf 13,2 %.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

Bei der Analyse des Verbraucherverhaltens und der Einkommensstruktur der oben abgehandelten drei typbestimmten Haushalte gibt es zwar keine Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Mengengerüsts, weil die Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen für die Festlegung der überwiegenden Anzahl der Gewichte ausreichen, nicht vergessen werden darf jedoch, daß auf diese drei Haushaltstypen — schon durch die Abgrenzung der für sie vorgegebenen Einkommensbereiche — nicht einmal 10 % aller privaten Haushalte entfallen. Wenn diese auf bestimmte Haushaltstypen oder Personengruppen bezogenen Indexreihen zu Aussagen über die allgemeine Verbraucherpreisentwicklung herangezogen wurden, so konnte es nur eine Notlösung sein. Dem Bedarf nach einem Preisindikator, der sich auf die durchschnittliche Lebenshaltung aller privaten Haushalte bezieht, konnte erst nachgekommen werden, als mit den Ergebnissen der erstmals 1962/63 durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe — auf wesentlich breiterer Grundlage, als die Wirtschaftsrechnungen es erlauben — detaillierte Strukturdaten über die durchschnittlichen Verbrauchsverhältnisse vorlagen. Da in die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ein Querschnitt aller Haushaltstypen von Arbeitnehmern, Selbständigen und Nichterwerbstätigen mit unterschiedlich hohem Einkommen einbezogen wurde, hatte der im März 1969 erstmals veröffentlichte Preisindex der Lebenshaltung für alle privaten Haushalte einen fiktiven „statistischen Haushalt“ zum Gegenstand. Es ist dies der Durchschnittshaushalt aus der Gesamtheit der in der Bundesrepublik im Jahre 1962 vorhandenen privaten Haushalte. Aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung 1961 lebten in diesem

statistischen Indexhaushalt zwei erwachsene Personen und 0,7 Kinder unter 18 Jahren. Die Verbrauchsausgaben betragen pro Haushalt 740 DM. Da dieser Index sowohl einfache, mittlere als auch gehobene Lebensverhältnisse widerspiegelt, wurde die Zahl der Indexpositionen bzw. Preisrepräsentanten auf 879 erhöht.

Anlässlich der Umbasierungen auf 1976 hatte dieser Indexhaushalt nur noch 2,6 Personen mit monatlichen Verbrauchsausgaben von 2 326 DM, 1980 2,4 Personen mit monatlichen Verbrauchsausgaben von 2 665 DM und 1985 2,3 Personen mit monatlichen Verbrauchsausgaben von 3 105 DM. Der Rückgang auf 2,3 Personen hat zwar keine Bedeutung für die Charakterisierung des neuen im Vergleich zum alten Haushalt. Man muß jedoch den Unterschied berücksichtigen, wenn man die Veränderungen der monatlichen Verbrauchsausgaben von 2 665 DM beim 1980er Index auf 3 105 DM beim neuen Index 1985 beurteilen will. Dieser Anstieg der durchschnittlichen Haushaltsausgaben liegt nämlich mit + 17 % niedriger als die Verteuerung der Lebenshaltung, die zwischen 1980 und 1985 21 % betrug; gemessen an den Ausgaben je Haushaltsmitglied würde es eine Senkung des Lebensstandards bedeuten, wenn sich die Größe des Durchschnittshaushalts nicht verringert hätte.

Betrachtet man die Entwicklung der Wägungsanteile für diesen Index ab 1962, so ergeben sich von der Tendenz her die gleichen Verschiebungen im Konsumverhalten. Betrug der Anteil der Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1962 noch fast 40 %, so sind es 1985 nur noch 23 %. Während die Anteile für Bekleidung und Schuhe sowie Möbel und Haushaltsgeräte anlässlich jeder Umbasierung kleiner wurden, stiegen die Anteile bei den Wohnungsmieten und Energie, bei Gütern für Verkehr und Nachrichtenübermittlung und bei Gütern der persönlichen Ausstattung ständig an. Daß der Ausgabenanteil für Wohnungsmieten z. B. von 1980 bis 1985 deutlich gestiegen ist, liegt einmal an den in dieser Zeit überdurchschnittlich gestiegenen Mieten (+ 23,9 % bei einer Zunahme des Gesamtindex um 21,0 %) und zum anderen an dem gestiegenen Qualitätsniveau der neu vermieteten Wohnungen. Der Anteil am Energieverbrauch hat sich dagegen zwischen 1980 und 1985 nur um + 0,7 % verändert. Die Preissteigerung für Energieträger betrug in diesem Zeitraum 33,4 %. Mit anderen Worten: von der Menge her ist der Energieverbrauch der privaten Haushalte von 1980 bis 1985 sogar geringer geworden.³

Ein Neuberechneter Index, der zurückgerechnet wird, zeigt aufgrund des überarbeiteten Wägungsschemas und der Güterauswahl einen anderen Verlauf als der

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

	1985er Warenkorb 1985 = 100		1980er Warenkorb 1985 = 100	
	Index	Veränderung gegen Vorjahres- monat in %	Index	Veränderung gegen Vorjahres- monat ¹ in %
1989 Januar	103,0	+ 2,3	103,0	+ 2,6
Februar	103,4	+ 2,5	103,3	+ 2,6
März	103,5	+ 2,6	103,5	+ 2,7
April	104,1	+ 2,9	104,1	+ 3,0
Mai	104,3	+ 3,0	104,3	+ 3,1
Juni	104,4	+ 2,9	104,5	+ 3,1
Juli	104,3	+ 2,8	104,3	+ 3,0
August	104,2	+ 2,8	104,2	+ 2,9
September	104,3	+ 2,8	104,5	+ 3,1

1) Durch das Statistische Bundesamt errechnet aus den Werten auf Originalbasis 1980

bisher berechnete Index auf alter Basis. Die Veränderungsrate können niedriger oder höher liegen als nach alter Berechnung. Bei den Umbasierungen 1958, 1962, 1970 und 1976 war ersteres der Fall gewesen, weil generell die privaten Haushalte bei Gütern des elastischen Bedarfs ausweichen können. Indem Güter, die einen geringen oder keinen Preisanstieg haben bzw. billiger werden, gekauft werden, verschieben sich die Anteile im Haushaltsbudget. Da aber im Preisindex mit seiner starren Gewichtung des Basisjahres die Güter und Dienstleistungen mit hohen Preissteigerungsraten ein zu großes Gewicht haben, wird der Preisanstieg mit zunehmender Entfernung vom Basisjahr überhöht dargestellt. Dieser sogenannte Laspeyres-Effekt ist anlässlich der Umbasierung auf 1980 nicht eingetreten. Der neue Index stieg stärker als bei früheren Umbasierungen, weil sich u. a. Güter des starren Bedarfs, bei denen man nicht ausweichen kann, wie z. B. Mietwohnungen und Energieträger, verteuerten.

Bei der Indexumstellung auf das Basisjahr 1985 scheint sich jedoch wieder die alte Regel zu bestätigen. Wie sich der neue Warenkorb auf die Inflationsraten der letzten Monate auswirkt, zeigt die Gegenüberstellung seiner Werte mit denen des alten Warenkorbes.⁴

Dieser „Bremseffekt der Inflationsrate“ hat nichts mit einer Manipulation zu tun, sondern ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß bei der Umbasierung von 1980 auf 1985 im Wägungsschema die Anteile für Nah-

3)/4) Pressemappe des Statistischen Bundesamtes vom 31. 10. 1989, S. 5 bzw. S. 15

rungsmittel, Getränke, Tabakwaren um 1,9, für Bekleidung und Schuhe um 1,2, für Möbel, Haushaltsgeräte usw. um 2,2 und für Bildung, Unterhaltungs- sowie Freizeitgüter um 0,1 Prozentpunkte zurückgegangen sind, während die Anteile für Wohnungsmieten und Energie um 3,7, für Güter der persönlichen Ausstattung um 1,5 und für die verbleibenden zwei Hauptgruppen jeweils um 0,1 Prozentpunkte gestiegen sind. Im Hinblick auf die in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegenen Mieten ist diese Höhergewichtung richtig, sonst wäre der „Bremseffekt“ noch stärker ausgefallen. Ein noch höherer Wägungsanteil ist nicht zu rechtfertigen, weil zahlreiche Familien immer noch in günstigen Woh-

nungen leben. Darüber hinaus zahlen manche statistischen 1-Personenhaushalte, wie Studenten und Lehrlinge, überhaupt keine Miete, weil sie noch bei den Eltern wohnen.

Ab 1985 werden alle Indexwerte unabhängig vom Basisjahr auf der Grundlage des Warenkorb von 1985 ermittelt und für die neue Originalbasis soweit wie möglich zurückgerechnet. Dadurch ergeben sich für die Monate Januar 1985 bis September 1989 in der Darstellung früherer Basisjahre (1980, 1976, 1970 ...) neue Indexzahlen; sie ersetzen die bis dahin veröffentlichten Zahlen. Die Indexwerte der früheren Basisjahre

Übersicht 5

Preisindex für die Lebenshaltung (Jahresdurchschnitte) auf Originalbasis 1985 = 100

Jahr	Alle privaten Haushalte						4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen
	Gesamtindex	darunter Wohnungsmiete		Neubauwohnungen (nach dem 20. 6. 1948 erbaut)				
		insgesamt	Altbauwohnungen	Wohnungsbau				
				zusammen	sozialer	frei finanziert		
1962	41,1	31,2	27,3	33,6	29,9	36,1	41,2	40,2
1963	42,4	32,9	29,6	34,9	30,7	37,8	42,2	41,6
1964	43,3	34,8	31,7	36,5	32,3	39,5	43,0	42,8
1965	44,7	36,7	33,6	38,5	34,0	41,6	44,1	44,5
1966	46,3	39,6	37,6	40,7	36,2	43,6	45,6	46,3
1967	47,1	42,3	39,9	43,5	38,8	46,7	46,6	46,9
1968	47,8	45,4	42,8	46,7	41,5	50,4	47,6	47,6
1969	48,8	48,3	45,5	49,7	45,5	52,6	48,5	49,0
1970	50,4	50,5	47,7	51,8	47,2	55,1	50,1	50,6
1971	53,1	53,5	51,0	54,7	49,6	58,3	52,8	53,0
1972	56,0	56,6	53,9	58,0	52,3	62,1	55,7	56,0
1973	59,9	59,9	56,8	61,6	55,9	65,6	59,4	60,0
1974	64,1	62,8	59,5	64,5	59,2	68,3	63,6	64,0
1975	67,9	66,8	63,5	68,4	64,3	71,4	67,4	68,2
1976	70,8	70,1	67,0	71,6	68,0	74,1	70,3	71,7
1977	73,4	72,4	69,8	73,7	70,1	76,3	72,9	74,2
1978	75,4	74,6	72,3	75,7	72,0	78,3	75,0	75,8
1979	78,5	77,0	74,8	78,1	74,4	80,7	78,1	78,4
1980	82,8	80,8	78,7	81,8	79,0	84,1	82,4	82,6
1981	88,0	84,4	82,6	85,3	82,7	87,3	87,8	87,6
1982	92,6	88,7	87,0	89,5	87,2	91,2	92,5	92,5
1983	95,7	93,4	92,4	93,9	92,5	94,9	95,6	95,7
1984	98,0	97,0	96,5	97,1	96,2	97,8	97,9	98,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	101,8	102,7	101,6	101,7	101,6	100,1	100,3
1987	100,1	103,4	105,1	103,2	103,3	103,1	100,6	100,0
1988	101,4	105,6	108,4	105,3	106,0	105,1	102,1	101,0
1989	104,2	108,8	112,1	108,4	110,1	107,9	104,9	104,0

vor 1985 bleiben dagegen unverändert; sie sind mit den neu berechneten Werten verkettet.

Die zurückgerechneten Indexreihen einzelner Haushaltstypen auf der Originalbasis 1985 enthalten die Übersichten 1 (Spalte 1) und 5 (Spalte 7 und 8). Die neue Reihe für den Preisindex aller privaten Haushalte enthält die Übersicht 5 (Spalte 1).

Aus den zahlreichen Preisreihen können nach Bedarf verschiedene Teilindizes abgeleitet werden, wie z. B. der Preisindex für die Kfz-Anschaffung und -unterhaltung ('Kraftfahrer-Preisindex') und andere. Der Aktualität wegen enthält die Übersicht 5 Teilindizes über die Wohnungsmieten, unterteilt nach Altbauwohnungen, die bis zum 20. Juni 1948 erbaut wurden sowie nach Neubauwohnungen in weiteren Untergliederungen nach dem sozialen und frei finanziertem Wohnungsbau.

Vergleicht man diese Indexreihen auf der Basis 1985 $\hat{=}$ 100, so stiegen die Mieten im zurückliegenden Fünf-Jahreszeitraum im Vergleich zum Lebenshaltungsindex um mehr als das Doppelte. Dabei können die durch die amtliche Statistik erfaßten Mieten nur Durchschnittsergebnisse und Entwicklungstendenzen aufzeigen. Bei Neuvermietungen in Ballungsräumen dürften die Mieterhöhungen noch größer sein.

Die Messung der Indexveränderungen und der Veränderung der Kaufkraft

Alle umbasierten Indexreihen (als Beispiel dient die Übersicht 1) zeigen ein unterschiedliches Niveau. Auch liefern sie unterschiedliche Werte, wenn die Veränderung zwischen zwei Zeitpunkten gemessen wird. Alle Reihen führen jedoch, von möglichen Rundungsdifferenzen abgesehen, zum gleichen Ergebnis bei der Messung der Indexveränderung in Prozent. Da das Ergebnis bei der Indexentwicklung nach Punkten je nach Wahl des Basisjahres unterschiedlich ist, muß man bei dem einmal festgelegten Basisjahr bleiben. Die Indexentwicklung in Prozent nach der Formel

$$\left(\frac{\text{neuer Index}}{\text{alter Index}} \times 100 \right) - 100$$

ist dagegen von der Wahl des Basisjahres unabhängig.

Bei der Messung der Kaufkraftveränderung ist darüber hinaus zu beachten, daß der veröffentlichte Preisindex ein Kehrwert vom Kaufkraftindex ist. Will man mit Hilfe des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte die Veränderung der Kaufkraft des Geldes in der Hand des Konsumenten feststellen, so ist deshalb folgende Formel zugrunde zu legen:

$$\left(\frac{\text{alter Indexstand}}{\text{neuer Indexstand}} \times 100 \right) - 100,$$

$$\text{Beispiel } \left(\frac{35,6}{101,4} \times 100 \right) - 100 = 64,9 - 100 = - 35,1 \%$$

Die Steigerung eines Index von 35,6 auf 101,4, also um 184,8 % nach der zuerst genannten Formel bedeutet, daß sich die Kaufkraft des Geldes in der Hand des Konsumenten um - 35,1 % verändert hat.

Um die Entwicklung der Kaufkraft der DM bzw. der Lebenshaltung seit der Währungsreform darzustellen, wurde der Preisindex des 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen (Stand 2. Hj. 1948 $\hat{=}$ 35,6) mit dem Preisindex aller privaten Haushalte (Jahresdurchschnitt 1988 $\hat{=}$ 101,4) auf der Basis 1985 $\hat{=}$ 100 verkettet, weil letzterer vor 1962 noch nicht existierte.

Die durchschnittliche jährliche Preissteigerung in Prozent ergibt sich aus folgender Formel:

$$\left(\sqrt[n]{\frac{\text{neuer Index}}{\text{alter Index}}} \times 100 \right) - 100,$$

$$\text{Beispiel } \left(\sqrt[40]{\frac{101,4}{35,6}} \times 100 \right) - 100 = 1,0265 \times 100 - 100 = 2,65 \%$$

Die Berechnungen zeigen, daß sich in den 40 Jahren die Lebenshaltung der Bundesbürger um fast 185 % verteuerte. Der Preisindex stieg zwischen 1948 und 1988 im Durchschnitt pro Jahr um das 1,0265-fache oder um 2,65 %. Eine DM im Jahre 1948 war 1988 nur noch 35 Pf wert, sie hat also in 40 Jahren fast zwei Drittel an Kaufkraft eingebüßt. Die Ursachen für diesen Wertschwund sind vielfältig. Im Vergleich zu anderen

Währungen der westlichen Welt war die Entwicklung jedoch immer noch besser. Betrug die durchschnittliche Inflationsrate in den 70er Jahren fast 5 %, so konnte sie in den 80er Jahren unter 3 % gedrückt werden. Die jüngste Entwicklung zeigt jedoch steigende Tendenzen; während die Steigerung im Jahresdurchschnitt 1987 nur 0,2 % und 1988 1,3 % betrug, waren es 1989 bereits 2,8 %.

Die bisherigen Ausführungen stellten auf Jahresdurchschnitte ab, weil für langfristige Vergleiche saisonale Schwankungen ausgeschaltet werden müssen. Bei kurzfristigen Vergleichen sollte jedoch auf Monatsvergleiche abgestellt werden. Die Gegenüberstellung ausgewählter Güter mit den Ergebnissen des Vorjahres zeigen im Dezember 1989 folgende Preisveränderungen: Rindfleisch + 5,0 %, Schweinefleisch + 11 %, Frischobst + 9,4 %, Kartoffeln + 37 %, Frischgemüse + 9,7 %, leichtes Heizöl + 56 %, Kraftstoffe + 16 % und Parkgebühren + 18 %. Der Teilindex für Nahrungsmittel erhöhte sich um 4,2 %, für die Kfz-Anschaffung und -unterhaltung um 4,0 % und für Wohnungsmieten sowie Energie (ohne Kraftstoffe) um 4,5 %. Der Preisindex der Lebenshaltung für alle privaten Haushalte hat sich entsprechend im Vergleich zum Dezember 1988 um 3 %, für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern um 3,4 % und für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sogar um 3,6 % erhöht.

Indexumstellungen und Wertsicherungsklauseln

Indexumstellungen führen oft zu Auslegungsschwierigkeiten, wenn in Vertragsklauseln ein Index genannt wird, dem ein alter Warenkorb zugrunde liegen soll oder wenn zweifelhaft ist, ob bei Rückrechnungen anlässlich einer Umbasierung auch die wertgesicherte Rente, Pacht oder Miete nachträglich neu zu berechnen ist.

Da in den vergangenen Monaten zahlreiche telefonische und schriftliche Rückfragen erfolgten, wird auch an dieser Stelle nochmals auf die Quellen fremder Autoren zu diesem Thema verwiesen.

Aus den bisherigen Ausführungen wird deutlich, daß eine — gelegentlich geforderte — Weiterberechnung von Indizes, die auf Warenkörben früherer Basisjahre beruhen, kein zutreffendes Bild der tatsächlichen Entwicklung geben würde. Abgesehen davon, daß Doppel- und Mehrfachberechnungen einen erheblichen Mehraufwand zu Lasten des Steuerzahlers bedeuten, würden sie wieder zu den am Anfang geschilderten Behelfslösungen führen und weitere Auslegungsschwierigkeiten verursachen. „Die gesellschaftlich-wirtschaftlich-statistische Ebene kennt den stetigen Wandel, während die rechtliche auf dem einmal ausgehandelten und abgeschlossenen Vertrag beruht.“⁵ Da die Formulierung und Auslegung von Wertsicherungsklauseln kein statistisches Problem ist, kann sich die amtliche Statistik dazu grundsätzlich nicht äußern. Privatrechtlich offene Fragen können nur durch eine Einigung der Vertragsparteien oder durch gerichtliche Entscheidungen behoben werden. Der Statistiker kann nur empfehlen, die Klauseln zweckentsprechend abzufassen, d. h.: die Veränderung des Index auf Prozente abzustellen, bei Indexneuberechnungen auf die neue Originalberechnung überzugehen und die bisherigen Zahlungsverpflichtungen bis zur Veröffentlichung eines neuen Index als abgeschlossen zu betrachten.⁶

5) Rasch, ebenda, S. 5

6) Neben dem Artikel von Rasch mit weiteren Quellen siehe auch: Geldwertsicherung mit statistischen Bezugsgrößen, in Heft 5/1975 dieser Zeitschrift

Leonhard Gawlik

Die Bedeutung neuer Pendlerzahlen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder

Aus der Volkszählung 1987 sind nunmehr auch erste Zahlen über Pendler verfügbar. In Heft 1/1990 dieser Zeitschrift wurden sie vorgestellt. Hier soll geschildert werden, welche hohe Bedeutung die Zahl der Pendler für die Berechnung insbesondere des Sozialprodukts Schleswig-Holsteins hat.

Die Wirtschaftssubjekte üben ihre ökonomische Aktivität oder die Vorstufe dazu — das Lernen und Studieren — häufig nicht am Ort ihres Wohnsitzes aus: Das führt dazu, daß man bei der Messung und Darstellung ökonomischer Vorgänge den regionalen Bezug präzisieren muß. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnun-

gen unterscheiden hier Inlands- und Inländerkonzept. Das erstgenannte regionalisiert nach dem Arbeitsort, sein bekanntestes Aggregat ist das Inlandsprodukt. Das Inländerkonzept folgt dem Wohnort der Erwerbstätigen bzw. der Einkommensbezieher aus Vermögen. Seine bekannteste Größe ist das Sozialprodukt. Für ein Land wie Schleswig-Holstein, in dem etwa jeder achte Erwerbstätige seinen Arbeitsplatz außer Landes hat, ist die Qualität der Zahlen zur Pendelverflechtung von kaum zu überschätzender Bedeutung.

Daneben oder sogar in erster Linie sind detaillierte Erkenntnisse über Pendlerzahlen, Pendelverflechtungen und Pendlerverhalten natürlich für die Arbeitsmarktbeobachtung und für Zwecke der Raumordnung und Landesplanung (Siedlungsstruktur, Straßenbau, Verkehrsplanung) von größter Bedeutung. Pendlerbewegungen bestimmen wesentlich die Struktur des gesamten Verkehrsaufkommens mit und sind somit auch Gegenstand der Umweltdiskussion.

Auspendler sind Erwerbstätige oder Schüler und Studenten, deren Arbeits- und Ausbildungsstätte nicht in der Gemeinde liegt, in der sie ihren Wohnsitz haben. Liegen Herkunfts- und Zielgemeinde in verschiedenen Kreisen oder gar Ländern, handelt es sich um Pendler über die Kreis- oder Landesgrenze. Wenn dieser Weg an jedem Arbeitstag zurückgelegt wird, spricht man auch — zur Abgrenzung gegenüber den Fernpendlern, die neben ihrem Familienwohnsitz eine zweite Wohnung oder Unterkunft in der Nähe ihrer Arbeits- oder Ausbildungsstätte haben — von Tagespendlern. Im folgenden sollen unter der Bezeichnung Pendler jene Menschen verstanden werden, die auf dem täglichen Arbeitsweg ihre Wohnsitzgemeinde verlassen. Weil ein Sozialprodukt nur für Länder und nicht auch für Teilregionen darunter gerechnet wird, sind in diesem Zusammenhang die Pendler innerhalb des Landes nicht von Interesse. Daher soll der Pendlerbegriff hier weiter verengt werden auf jene, die auch die Landesgrenze überschreiten.

Ein weiteres Unterscheidungskriterium bei Pendlern ist die Richtung des Pendelns. Jeder Pendler ist zugleich Einpendler, nämlich aus der Sicht der Ziel- und Arbeitsgemeinde, und Auspendler aus der Sicht der Herkunfts- und Wohnsitzgemeinde. Bei den innerhalb Schleswig-Holsteins oder innerhalb des Bundesgebietes Pendelnden ist die Zahl der Einpendler also gleich der Zahl der Auspendler. Für eine einzelne Gemeinde oder für die Pendelbeziehungen Schleswig-Holsteins mit seinen Nachbarländern weichen aber die Ströme der Einpendler von denen der Auspendler ab.

Für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Bundesebene sind Pendlerzahlen von relativ geringer Bedeutung, da hier lediglich die Pendler über die Grenzen des Bundesgebietes in die Berechnungen eingefügt werden müssen. Der Pendlersaldo über die Grenzen des Bundesgebietes betrug 1988 im Jahresdurchschnitt — 95 000, d. h. es waren 95 000 mehr Einwohner des Bundesgebietes im Ausland erwerbstätig als umgekehrt Einwohner anderer Staaten bei uns gearbeitet haben. Zu beachten ist, daß nach Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die deutschen Beschäftigten bei ausländischen Vertretungen und ausländischen Streitkräften im Inland zu den Auspendlern gezählt werden wie umgekehrt auch die ausländischen Beschäftigten bei deutschen Vertretungen im Ausland zu den Einpendlern gehören.

Der Saldo derjenigen, die innerhalb des Bundesgebietes über die Grenzen der Bundesländer pendeln, ist auf Bundesebene betrachtet gleich Null. Aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes bestand somit keine Notwendigkeit, die bei den Volkszählungen 1961 und 1970 ermittelten Inlandspendlerzahlen laufend zu aktualisieren. Anders ist die Situation für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder. Besonders die Pendelbeziehungen der beiden norddeutschen Stadtstaaten Hamburg und Bremen zu ihren Nachbarländern sind von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Eine periodische Statistik, die dazu Zahlen bereitstellt, stand auch für den Anschluß an die Volkszählung 1970 noch nicht zur Verfügung. Der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, in dem von den Statistischen Landesämtern die Länderberechnungen arbeitsteilig nach einheitlicher Methode durchgeführt werden, begann daher jährliche Schätzungen von Inlandspendlerzahlen vorzunehmen. Die Basis dafür bilden die Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen 1961 und 1970. Datenquellen sind ferner Mikrozensus, Wanderungsstatistik und Lohnsteuerstatistik.

Der Mikrozensus ist eine jährliche 1%-Stichprobe, die bei Haushalten Merkmale der Bevölkerung und der Erwerbstätigkeit erhebt. Fragen zur Pendelwanderung sind erstmals 1978 in das Mikrozensusprogramm einbezogen worden und werden seitdem in zweijährlichem Rhythmus gestellt. Der Mikrozensus ist die beste Grundlage, die zur Fortschreibung der Pendlerzahlen des Basisjahres 1970 verwertbar ist. Seine Ergebnisse waren bis zur neuen Volkszählung allerdings mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Neben den unvermeidlichen Stichprobenfehlern sind dies vor allem Mängel, die mit dem langen zeitlichen Abstand von der Volkszählung 1970 zusammenhängen. Volkszählungen be-

einflussen den Mikrozensus auf zweifache Weise: Zum einen liefern sie die Auswahlgrundlage für diese Stichprobe, zum anderen stellen sie die Basis für die Bevölkerungsfortschreibung. Je älter nun eine Auswahlgrundlage ist, desto fehlerhafter ist sie. Bei der Aufbereitung des Mikrozensus wurde an eine Einwohnerzahl angepaßt, die — wie die Volkszählung 1987 gezeigt hat — überhöht war. Dieser Fehler betraf auch die Pendlerzahl.

Die Wanderungsstatistik, für die die bei den Meldebehörden anfallenden Meldescheine und die Erklärungen über die Änderung der Hauptwohnung Erhebungsgrundlage sind, bietet insofern Anhaltspunkte über Tendenz und Umfang der Pendlerentwicklung, als daß ein Zusammenhang zwischen Wanderungsverlusten oder -gewinnen an das Umland und der Zunahme des Pendlersaldos angenommen werden kann. Auch die Ergebnisse der sogenannten Lohnsteuererlegung, die dafür sorgen soll, daß die am Arbeitsort vom Arbeitgeber abgeführte Lohnsteuer (Quellenabzug) an Wohnsitzland und Wohnsitzgemeinde des Arbeitnehmers gelangt, geben gewissen Aufschluß über die Pendlerentwicklung.

Weil die genannten Quellen, von den Wanderungen einmal abgesehen, nicht für jedes Jahr Zahlen liefern und dann auch nicht für die Jahre am aktuellen Rand

der Zeitreihe, kommt die Schätzung der Pendlerzahlen nicht ohne gewisse, auch prognostische Annahmen aus. Auf diese Weise ist eine Zeitreihe entstanden, die zwar primär der Sozialproduktberechnung dienen soll, die aber auch schon für Fragestellungen herangezogen wurde, die mit Wirtschaftsstatistik im engeren Sinne nichts zu tun haben.¹

Die Bedeutung der Pendlerzahlen kommt darin zum Ausdruck, daß das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 1988 in Schleswig-Holstein 72 670 Mrd. DM betrug, das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen dagegen mit 80 141 Mrd. DM (jeweilige Preise, vorläufige Werte) um etwa ein Zehntel darüber lag. Die Differenz beider Größen ist der sogenannte „Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern — also Schleswig-Holsteinern — und der übrigen Welt“. Als Schleswig-Holsteiner zählt, wer hier zur Bevölkerung rechnet, also auch Menschen, die bei uns leben, aber eine andere Staatsangehörigkeit besitzen. Zur „übrigen Welt“ zählen schon die Einwohner Hamburgs und Niedersachsens.

1) Gleiches gilt übrigens auch für die Zahl der Erwerbstätigen: Bis zur letzten Volkszählung führten die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Zeitreihe mit den Jahresdurchschnitten. Eine andere Datenquelle, die jährlich alle Erwerbstätigen schätzt, wird es — auf Basis der neuen Volkszählung — erst in Kürze geben.

Entstehung des Sozialprodukts nach dem Inlands- und Inländerkonzept

Inlandskonzept		Inländerkonzept
Summe der Produktionswerte		
- Summe der Vorleistungen		
- Unbereinigte Bruttowertschöpfung		
- Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen		
- Bereinigte Bruttowertschöpfung		
+ Nichtabziehbare Umsatzsteuer		
+ Einfuhrabgaben		
= Bruttoinlandsprodukt	+ Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	= Bruttosozialprodukt
- Abschreibungen		- Abschreibungen
= Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen	+ Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
- Indirekte Steuern		- Indirekte Steuern
+ Subventionen		+ Subventionen
= Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Nettowertschöpfung)	+ Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
= Summe der im Inland entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen		= Summe der den Inländern letztlich zugeflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen,
und zwar		und zwar
Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Inlandskonzept)		Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Inländerkonzept)
Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen (Inlandskonzept)		Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen (Inländerkonzept)

Rechnerisch ermittelt wird der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen im Rahmen der Berechnung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach dem Inlandskonzept werden in tiefstmöglicher fachlicher Gliederung (nach 57 Bereichen) berechnet. Soweit nicht jährliche oder auf Großzählungen basierende (in der Regel dann fortgeschriebene) Lohn- und Gehaltssummen vorliegen, werden Arbeitnehmerzahlen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder mit landesspezifischen Durchschnittseinkommen aus entsprechenden Fachstatistiken bewertet. Die Differenz zwischen Lohn- und Gehaltssummen und den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit — Sozialbeiträge und Lohnsteuer — wird mit Hilfe bundesdurchschnittlicher Quoten zugeschlagen. 1988 wurden in Schleswig-Holstein Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Höhe von 37 726 Mill. DM geleistet.

Die entsprechenden Bruttoeinkommen der Inländer waren um rund 16 % höher als die nach dem Inlandskonzept und betrugen 43 899 Mill. DM. Ermittelt werden sie als Summe aus Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach dem Inlandskonzept und dem „Saldo der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zwischen Inländern und der übrigen Welt“.

Dieser Saldo als eine der zwei Komponenten des Saldos des Erwerbs- und Vermögenseinkommens zwischen Inländern und der übrigen Welt läßt sich in mehrere Einzelbestandteile aufteilen und wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder folgendermaßen ermittelt:

- + Bruttoeinkommen der Auspendler in andere Bundesländer
- + Bruttoeinkommen der Auspendler ins Ausland
- + Bruttoeinkommen der deutschen Beschäftigten bei ausländischen Missionen im Inland
- + Bruttoeinkommen der deutschen Beschäftigten bei ausländischen Streitkräften im Inland
- Bruttoeinkommen der Einpendler aus anderen Bundesländern
- Bruttoeinkommen der Einpendler vom Ausland
- Bruttoeinkommen der ausländischen Beschäftigten bei deutschen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Ausland

- = Saldo der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zwischen Inländern und der übrigen Welt

Für Schleswig-Holstein sind die Bruttoeinkommen der Ein- und Auspendler von/in andere Bundesländer die den Saldo bestimmende Größe. Sie werden errechnet, indem die Arbeitnehmer-Pendlerzahlen in grober wirtschaftlicher Gliederung (nach vier Wirtschaftsbereichen) mit den Durchschnittseinkommen des Bundeslandes, in dem der Arbeitsort liegt, multipliziert werden. Die Bruttoeinkommen der Ein- und Auspendler vom und ins Ausland werden für die Länder ermittelt, indem der vom Statistischen Bundesamt für das gesamte Bundesgebiet berechnete Wert anhand der länderweisen Auslandsein- und -auspendlerzahlen auf die Bundesländer verteilt wird.

Die sonstigen oben angegebenen Komponenten des Saldos der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sind für Schleswig-Holstein von der Größenordnung her nur von geringem Gewicht. Die Bruttoeinkommen von ausländischen Beschäftigten bei deutschen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Ausland sowie die der deutschen Beschäftigten bei ausländischen Missionen werden vom Statistischen Bundesamt für das Bundesgebiet als Gesamtzahl ermittelt. In der Länderrechnung werden sie nach der Wohnbevölkerung auf die Bundesländer verteilt. Die Berechnung der Bruttoeinkommen der deutschen Beschäftigten bei ausländischen Streitkräften im Inland erfolgt anhand von Angaben der Finanzministerien der Länder.

Die rechnerische Ermittlung des Saldos der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erfolgt ohne Einbeziehung der Pendlerzahlen. Zwar üben Pendelverflechtungen auch auf die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen Einfluß aus, zumindest was die Einkommen aus Unternehmertätigkeit anbelangt, da auch selbständig Tätige zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln. Weil es jedoch nahezu unmöglich ist, die komplementäre Größe, nämlich die Ströme der Vermögenseinkommen zwischen den Ländern statistisch zu erfassen, wird der gesamte Saldo der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen als Differenz zwischen Inlands- und Inländerkonzept ermittelt. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach dem Inländerkonzept, also der Niederschlag der regionalen Umverteilung, werden nämlich eigenständig ermittelt. Ihre Berechnung stützt sich im wesentlichen auf die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik. Diese Daten bedürfen allerdings gewisser Korrekturen insbesondere im Bereich Landwirtschaft, damit nicht die Besonderheiten des Einkommensteuerrechts zu ökonomisch unrealistischen Ergebnissen führen.

Die im Inland entstandenen Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder als Differenz zwischen Nettowertschöpfung und den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ermittelt. Die Berechnungsmethode ist damit so einfach wie möglich. Allerdings ist eine auf diese Weise „geschätzte“ Restgröße mit besonderer Vorsicht zu interpretieren. Fehler der an der Differenzbildung beteiligten Aggregate gehen in die Differenz ein und können sich hier kumulieren. Entsprechendes gilt natürlich erst recht für den durch weitere Differenzbildung ermittelten Saldo der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Für nächstes Jahr ist für die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder eine sogenannte Revision vorgesehen. Bei Revisionen, die im Abstand von ungefähr fünf Jahren durchgeführt wer-

den, wird neueres statistisches Material in die Berechnungen eingearbeitet und gleichzeitig werden, wenn möglich, verbesserte Rechenmethoden eingeführt. Eines der Kernstücke der geplanten nächsten Revision ist, neben dem Übergang auf das neue Preisbasisjahr 1985 für die Berechnung „in Preisen von ...“ die Einarbeitung der neuen, aus der Volkszählung 1987 gewonnenen Pendlerzahlen. Die vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder für das Jahr 1987 durch Fortschreibung berechnete Auspendlerzahl aus Schleswig-Holstein liegt um rund 5 % unter der entsprechenden durch die Volkszählung 1987 ermittelten Zahl von rund 145 000 Berufsauspendlern. Ein Vergleich der Ergebnisse für alle Bundesländer und der Pendlersalden ist zur Zeit noch nicht möglich, da die Volkszählungszahlen über Berufspendler noch nicht aus allen Bundesländern vorliegen.

Joachim Zander

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl s = geschätzte Zahl
r = berichtigte Zahl D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts

- = nichts vorhanden

· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten

/ = Zahlenwert nicht sicher genug

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

... = Angabe fällt später an

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1987		1988		1988			1989		
			Monats- durchschnitt			Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 554 ^a	2 560	2 563	2 563	2 565
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
Eheschließungen	Anzahl	1 372	1 439	1 161	974	1 383	2 031	1 343
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,4	6,7	5,3	4,6	6,4
Lebendgeborene	Anzahl	2 163	2 276	2 173	2 065	2 340	2 337	2 180
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,2	10,6	10,0	9,8	10,7
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 574	2 535	2 472	2 619	2 804	2 348	2 449
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,1	11,9	11,4	12,4	12,9
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	15	16	15	26	16	15
	je 1 000 Lebendgeborene	7,4	6,6	7,4	7,3	11,1	6,8	6,9
Oberschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 411	- 259	- 299	- 554	- 464	- 11	- 269
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,9	- 1,2	- 1,4	- 2,6	- 2,1
WANDERUNGEN											
Ober die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 199	5 671	6 283	6 154	5 832
Ober die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 769	4 638	6 043	5 078	4 193
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 430	+ 1 033	+ 240	+ 1 076	+ 1 639
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 174	8 977	9 729	9 980	8 811
Wanderungsfälle	Anzahl	19 142	19 286	22 055	21 212	18 836
ARBEITSLAGE											
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	111	109	101	105	112	90	92	99	106	106
darunter Männer	1 000	64	61,8	55	58	63	49	50	54	59	59
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	10,1	8,0	3,2	4,8	7,3	1,5	1,8	3,2	4,6	4,6
darunter Männer	1 000	8,8	7,2	2,5	4,1	6,5	1,2	1,4	2,7	4,2	4,2
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	5,4	5,7	4,9	4,6	4,3	7,0	7,0	6,9	6,3	6,3
LANDWIRTSCHAFT											
 Viehbestand											
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 497 ^b	1 481 ^b	.	.	1 481	1 488 ^c
darunter Milchkühe	1 000	480 ^b	481 ^b	.	.	481	480 ^c
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	1 017	1 000	.	.	1 000	1 008
Schweine	1 000	1 632 ^b	1 540 ^b	.	.	1 540	1 446 ^c
darunter Zuchtsauen	1 000	169 ^b	151 ^b	.	.	151	143 ^c
darunter trächtig	1 000	116 ^b	103 ^b	.	.	103	99 ^c
Schlachtungen²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	47	43	64	55	40	43	64	59	30	30
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	213	212	219	214	209	177	189	191	179	179
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	3	2	2	3	2	1	1	2	2	2
Schlachtmengen³⁾ aus gewerblichen Schlachtungen²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,3	30,9	38,5	34,1	29,2	29,1	37,6	35,0	24,5	24,5
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	13,6	13,0	19,9	16,0	11,7	13,8	21,0	18,4	9,0	9,0
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	17,4	17,6	18,3	17,8	17,3	14,9	16,2	16,3	15,2	15,2
Durchschnittliches Schlachtgewicht für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	294	302	314	298	296	320	329	315	305	305
Kälber	kg	119	127	130	128	129	134	136	135	133	133
Schweine	kg	83	84	84	84	84	85	86	86	85	85
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	für Legehennenküken	1 000	101	98
	für Masthühnerküken	1 000	1
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	126	121
Milcherzeugung											
	1 000 t	199	198	184	180	192	190	200	187	188	188
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	92	93	94	93	93	94	97	97
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,2	13,5	12,4	12,5	12,9	13,1	13,4	12,9	12,6	12,6

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslantiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Bevölkerung am 25. 5. 1987

b) Dezember

c) vorläufige Zahlen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1987	1988	1988			1989			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	164	165	168	167	167	171	172	172	172
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	112	112	114	114	112	116	116	116	116
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 228	16 433	16 053	16 256	14 899	15 797	16 494	16 577	14 636
Lohnsumme	Mill. DM	331,1	344,4	339,1	447,7	364,4	351,6	360,0	471,4	374,9
Gehaltssumme	Mill. DM	239,1	252,4	241,5	335,0	276,1	257,9	259,1	363,4	294,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 763	1 956	2 045	2 326	1 971	2 524	2 391	3 246	2 048
aus dem Inland	Mill. DM	1 177	1 238	1 322	1 277	1 306	1 404	1 596	1 538	1 410
aus dem Ausland	Mill. DM	586	718	723	1 049	664	1 120	795	1 708	638
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 995	3 194	3 296	3 428	3 898	3 639	3 846	3 731	3 752
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 321	2 427	2 574	2 661	2 906	2 678	2 889	2 868	2 913
Auslandsumsatz	Mill. DM	675	768	722	767	992	961	956	863	839
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	14	14
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	39,0	45,4
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
Erd- und Erdöl-gas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	76	75
leichtes Heizöl	1 000 t	8	7
schweres Heizöl	1 000 t	68	67
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	255	272	294	294	282	287	310	306	284
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	29	33	39	42	35	34	42	43	36
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	109,6	113,0	120,9	124,7	119,2	112,2
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 653	39 301	40 519	39 933	38 687	40 781	40 540	40 392	39 791
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 128	4 262	4 992	4 654	3 372	4 981	5 125	4 863	3 345
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 478	1 593	1 828	1 778	1 250	1 771	1 841	1 745	1 247
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	991	1 071	1 259	1 182	925	1 324	1 377	1 353	932
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 566	1 522	1 814	1 614	1 142	1 763	1 807	1 680	1 106
Lohnsumme	Mill. DM	87,1	91,8	100,4	127,4	88,2	102,9	105,4	136,2	90,6
Gehaltssumme	Mill. DM	18,2	18,6	17,8	27,6	19,5	18,4	18,6	27,8	19,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	343,9	359,5	434,5	456,4	462,0	445,1	462,5	517,2	471,3
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	204,4	224,2	207,6	182,9	182,8	273,7	262,0	240,5	213,6
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 074	7 134	7 489	7 409	7 269	7 623	8 289	8 263	8 064
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	840	848	896	911	836	894	1 042	1 032	892
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	18,7	19,7	19,7	24,5	21,3	20,8	23,4	28,6	23,9
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	53,4	57,5	62,6	73,3	99,9	65,2	75,1	87,4	112,7
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 362	2 299	2 554	2 632	2 647	1 482
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	931	939	998	1 029	1 066	872
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen) ¹¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	98,2	99,0	.	.	100,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-0 1976 = 100	142,0	150,5	.	.	175,2

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1987	1988	1988			1989				
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BAUTÄTIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	428	435	342	370	295	422	492	372	317	
darunter mit											
1 Wohnung	Anzahl	388	386	282	311	254	351	418	312	240	
2 Wohnungen	Anzahl	26	33	35	39	24	38	37	38	35	
Rauminhalt	1 000 m ³	306	319	296	275	212	336	394	297	278	
Wohnfläche	1 000 m ²	54	56	52	48	39	62	71	55	50	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	108	112	111	98	136	114	128	101	107	
Rauminhalt	1 000 m ³	414	515	585	569	798	864	520	407	516	
Nutzfläche	1 000 m ²	73	86	101	92	146	125	98	73	91	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	609	634	656	578	517	754	836	677	650	
HANDEL UND GASTGEBERBE											
AUSFUHR											
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	846,4	923,9	945,2	860,5	1 018,6	998,3	1 171,3	
davon Güter der											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	128,5	150,8	156,2	136,9	172,6	178,4	218,7	
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	717,9	773,2	789,0	723,6	846,0	819,9	952,5	
davon											
Rohstoffe	Mill. DM	14,7	13,2	17,0	16,8	12,3	14,0	21,2	
Halbwaren	Mill. DM	47,5	54,8	67,3	57,3	49,7	59,6	68,3	
Fertigwaren	Mill. DM	655,7	705,2	704,8	649,5	784,0	746,3	863,1	
davon											
Vorerzeugnisse	Mill. DM	94,7	124,0	141,0	125,6	124,6	119,5	134,8	
Enderzeugnisse	Mill. DM	560,9	581,2	563,8	523,9	659,4	626,7	728,3	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
EG-Länder	Mill. DM	404,9	457,6	507,1	455,8	483,4	485,5	559,8	
darunter Niederlande	Mill. DM	75,9	85,9	100,4	87,2	94,2	94,3	127,0	
Frankreich	Mill. DM	73,1	83,3	85,1	81,8	90,5	90,7	90,7	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	66,9	78,9	79,5	80,9	79,9	76,6	99,9	
Dänemark	Mill. DM	73,4	77,5	81,4	77,3	75,9	77,2	85,7	
EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	105,6	p 110,3	p 109,2	p 117,4	p 140,7	p 111,1	p 114,7	p 124,8	...	
GASTGEBERBEUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	102,7	p 106,9	p 102,1	p 83,1	p 90,8	p 127,1	p 104,1	p 87,3	...	
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSSATTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)											
Ankünfte	1 000	257	266	282	160	124	381	307	p 181	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	32	32	29	24	18	40	34	p 28	...	
Übernachtungen	1 000	1 428	1 432	1 254	548	448	2 002	1 340	p 646	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	59	60	59	49	45	77	70	p 55	...	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 332	
Güterversand	1 000 t	822	
BINNENSCHIFFFAHRT											
Güterempfang	1 000 t	113	147	154	155	157	163	182	165	...	
Güterversand	1 000 t	155	163	162	154	170	166	184	194	...	
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾											
darunter Krafträder	Anzahl	262	239	59	31	41	114	77	
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	9 535	9 044	8 337	8 702	9 369	7 695	9 148	
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	410	437	433	449	391	437	472	
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 317	1 426	1 368	1 261	1 249	1 437	1 526	p 1 342	p 1 223	
Getötete Personen	Anzahl	28	31	38	27	20	31	33	p 30	p 35	
Verletzte Personen	Anzahl	1 699	1 832	1 757	1 638	1 548	1 821	1 977	p 1 723	p 1 648	

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1987	1988	1988			1989			
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	76 179	77 967	77 261	77 625	77 967	79 684	79 700	80 108	80 020
darunter										
Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	74 711	76 574	75 857	76 259	76 574	78 286	78 357	78 730	78 780
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 868	8 933	8 769	8 680	8 933	9 651	9 540	9 644	9 784
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 685	8 742	8 636	8 513	8 742	9 421	9 370	9 354	9 336
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	185	191	133	168	191	231	170	290	448
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 376	4 225	4 269	4 272	4 225	4 180	4 120	4 138	4 157
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 693	3 525	3 615	3 564	3 525	3 696	3 626	3 634	3 636
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	684	701	654	708	701	484	494	504	521
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	61 466	63 416	62 818	63 307	63 416	64 455	64 697	64 946	64 839
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	45 288	46 583	46 311	46 401	46 583	47 814	48 022	48 356	48 165
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 178	16 832	16 507	16 905	16 832	16 641	16 675	16 590	16 674
Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	54 562	57 188	56 298	56 905	57 188	58 502	58 981	59 895	60 676
Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	34 412	36 452	36 052	36 688	36 452	38 732	39 304	40 342	40 596
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	27 033	28 834	28 552	29 096	28 834	31 009	31 388	32 340	32 511
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	7 379	7 618	7 500	7 592	7 618	7 723	7 916	8 001	8 086
Spareinlagen	Mill. DM	20 150	20 736	20 245	20 218	20 736	19 770	19 678	19 554	20 080
bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 023	1 095	.	.	3 528	3 355
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	990	1 074	.	.	3 420	3 578
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	63	52	31	45	52	49	79	54	49
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	2	-	-	2	-	-	-	-
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	227	156	138	121	139	129
Wechselsumme	Mill. DM	1,7	1,1	1,3	0,9	1,0	1,2
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART										
		Vierteljahres- durchschnitt			4.Vj.88	3.Vj.89	4.Vj.89			
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 711,6	2 883,2	.	.	3 318,7	3 030,7	.	.	3 428,3
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 900,2	2 016,4	.	.	2 430,5	2 157,4	.	.	2 539,4
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 422,2	1 466,4	.	.	1 750,5	1 569,4	.	.	1 874,0
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	257,3	303,6	.	.	400,9	383,1	.	.	433,5
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	36,7	45,2	.	.	36,0	51,4	.	.	32,6
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	184,1	201,3	.	.	243,0	153,5	.	.	199,3
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	811,4	866,8	.	.	888,2	873,3	.	.	888,8
Umsatzsteuer	Mill. DM	498,0	503,0	.	.	465,2	472,5	.	.	477,6
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	313,4	363,7	.	.	423,0	400,7	.	.	411,2
Bundessteuern	Mill. DM	132,5	130,5	.	.	143,6	120,3	.	.	154,6
Zölle	Mill. DM	0,0	0,1	.	.	0,1
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	117,8	115,0	.	.	133,0	106,9	.	.	142,4
Landessteuern	Mill. DM	180,6	192,9	.	.	204,4	216,8	.	.	213,3
Vermögensteuer	Mill. DM	30,1	34,8	.	.	39,9	34,4	.	.	37,4
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	83,7	80,8	.	.	70,8	95,1	.	.	82,5
Biersteuer	Mill. DM	6,7	6,9	.	.	6,6	8,1	.	.	6,9
Gemeindesteuern	Mill. DM	276,7	308,7	.	.	314,5	363,0
Grundsteuer A	Mill. DM	7,7	7,8	.	.	7,6	8,1
Grundsteuer B	Mill. DM	68,9	71,4	.	.	60,6	90,4
Gewerbesteuer	Mill. DM	199,7	220,9	.	.	238,6	251,9
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	190,7	220,9	.	.	238,6	251,9
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 401,2	1 488,0	.	.	1 713,9	1 597,4	.	.	1 780,8
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	726,1	776,4	.	.	955,0	890,4	.	.	1 008,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	527,4	563,4	.	.	577,3	567,6	.	.	577,8
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	17,7	.	.	37,9	19,1	.	.	40,0
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 549,2	1 638,5	.	.	1 851,4	1 666,5	.	.	1 967,0
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	895,4	945,7	.	.	1 126,6	937,0	.	.	1 157,2
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	458,0	482,2	.	.	482,5	493,6	.	.	556,5
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	17,7	.	.	37,9	19,1	.	.	40,0
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	519,2	557,7	.	.	860,9	603,7
Gewerbesteuer	Mill. DM	160,2	185,5	.	.	162,8	213,8
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	273,1	284,4	.	.	622,2	278,9
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	273,1	284,4	.	.	622,2	278,9

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1987	1988	1988			1989			
		Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1985 = 100									
Einfuhrpreise	79,8	80,8	81,5	81,4	82,3	84,5	84,1	83,4	...
Ausfuhrpreise	97,3	99,3	100,4	100,4	100,6	102,4	102,3	102,0	...
Grundstoffpreise ⁶⁾ 1980 = 100	99,7	102,2	103,8	103,8	104,9	108,5	108,1
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	95,1	96,3	96,8	97,0	97,2	99,6	100,1	100,0	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾ 1980 = 100	93,9	94,0	96,2	97,7	99,1	107,8	p 105,6	p 103,8	...
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1980 = 100	118,6	121,2	.	122,3	.	.	.	127,1	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾ 1980 = 100	103,9	104,9	105,8	106,1	106,9	110,5	109,9	p 109,7	...
Einzelhandelspreise 1980 = 100	117,8	118,5	118,4	118,7	119,0	121,2	121,5	121,7	122,2
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	100,1	101,4	101,6	101,9	102,1	104,4	104,7	104,9	105,2
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100,1	100,3	99,7	100,4	100,7	102,4	102,8	103,1	103,6
Bekleidung, Schuhe	103,2	104,5	104,9	105,0	105,0	106,2	106,5	106,5	106,5
Wohnungsmieten	103,4	105,6	106,7	107,0	107,1	109,4	109,6	109,9	110,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	80,3	78,1	77,0	77,2	78,0	82,7	83,6	83,9	85,8
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	102,2	103,3	103,6	103,7	103,7	105,4	105,6	105,7	105,8
LÖHNE UND GEHALTER									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	735	764	778	.	.	.	797	.	.
darunter Facharbeiter	768	798	815	.	.	.	838	.	.
weibliche Arbeiter	515	536	540	.	.	.	553	.	.
darunter Hilfsarbeiter	488	508	513	.	.	.	527	.	.
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	18,07	18,78	18,93	.	.	.	19,61	.	.
darunter Facharbeiter	18,95	19,71	19,91	.	.	.	20,66	.	.
weibliche Arbeiter	13,13	13,62	13,69	.	.	.	14,14	.	.
darunter Hilfsarbeiter	12,49	12,90	12,97	.	.	.	13,39	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	40,5	40,6	41,1	.	.	.	40,6	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,2	39,3	39,5	.	.	.	39,1	.	.
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 456	4 609	4 646	.	.	.	4 788	.	.
weiblich	3 051	3 159	3 180	.	.	.	3 318	.	.
Technische Angestellte									
männlich	4 543	4 699	4 743	.	.	.	4 904	.	.
weiblich	2 958	3 075	3 104	.	.	.	3 255	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 554	3 690	3 734	.	.	.	3 863	.	.
weiblich	2 433	2 529	2 569	.	.	.	2 659	.	.
Technische Angestellte									
männlich	3 462	3 648	3 611	.	.	.	3 795	.	.
weiblich	2 219	(2 578)	(2 617)	.	.	.	(2 677)	.	.
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 845	3 986	4 025	.	.	.	4 159	.	.
weiblich	2 606	2 708	2 744	.	.	.	2 850	.	.
Technische Angestellte									
männlich	4 466	4 631	4 666	.	.	.	4 832	.	.
weiblich	2 898	3 064	3 094	.	.	.	3 244	.	.

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN B
Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
					Mill. DM				in 1 000			
1984	12	16	13	1 170	10 081	4 158	1 176	8 526	2 832	278	16 328	498
1985	8	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 128 ^a	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	24	...	11 087	5 492	1 725	9 278	3 193	379	17 181	724

Jahr	Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden				Sozialhilfe				Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ⁵⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte	Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Hilfe zum Lebensunterhalt			Aufwand in Mill. DM	
									Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000		
	in 1 000												
1984	1 245	52	1 049	54	17 659	442	22 515	16 231	927,9	330,1	83,2	64,8	
1985	1 265	54	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	84,8 ^b	66,9	
1986	1 305	54	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7	
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2	
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	...	77,7	

Jahr	Steuern ⁷⁾									Fundierte Schulden		
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 8)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1984	4 846	5 391	1 895	2 666	5 787	4 116	926	473	759	13 768	2 949	2 252
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁹⁾		für Wohngebäude 1980 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 10) 1980 = 100		Industriearbeiter ¹¹⁾		Angestellte in Industrie 11) und Handel			öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1980 = 100		insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹²⁾		
	DM											
1984	97,6	106,9	114,0	118,4	116,0	686	467	3 492	2 363	4 042	3 284	2 454
1985	100	103,1	114,5	121,0	116,9	699	481	3 610	2 456	4 186	3 388	2 530
1986	97,5	97,2	116,2	120,7	117,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616
1987	95,1	93,9	118,6	121,0	117,0	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703
1988	96,3	94,0	121,2	122,4	117,2	764	536	3 986	2 708	4 631	3 686	2 767

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, ab 1984: Ausländer einschließlich DDR 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr
5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) Quelle für staatliche Steuern: Die Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein 8) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 10) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes 11) einschließlich Hoch- und Tiefbau 12) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) Volkszählung 25. 5. 1987 b) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 6. 1989			Bevölkerungsveränderung im Juni 1989			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1989 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs-gewinn oder -verlust (-)	Bevölke-rungs-zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres-monat 1)						
FLENSBURG	85 964	- 0,0	- 0,1	- 9	- 1	- 10	28	-	33
KIEL	241 220	+ 0,1	+ 0,9	- 33	157	124	98	-	136
LOBECK	211 044	+ 0,1	+ 0,3	- 71	339	268	94	1	114
NEUMONSTER	79 584	+ 0,1	+ 0,1	14	28	42	32	1	35
Dithmarschen	127 060	+ 0,0	- 0,1	- 38	99	61	56	3	78
Hzgt. Lauenburg	154 933	+ 0,1	+ 0,6	- 16	167	151	75	3	109
Nordfriesland	150 183	+ 0,1	+ 0,3	4	131	135	80	4	107
Ostholstein	184 746	+ 0,1	+ 0,5	- 49	293	244	89	2	125
Pinneberg	263 306	+ 0,1	+ 0,6	- 9	240	231	109	4	152
Plön	116 330	- 0,0	+ 0,1	- 1	- 7	- 8	54	1	73
Rendsburg-Eckernförde	243 238	+ 0,1	+ 0,3	14	174	188	133	8	185
Schleswig-Flensburg	177 055	+ 0,0	+ 0,5	- 1	56	55	97	4	143
Segeberg	216 403	+ 0,1	+ 1,0	20	203	223	100	1	132
Steinburg	126 789	- 0,1	+ 0,0	- 42	- 132	- 174	77	1	102
Stormarn	194 936	+ 0,1	+ 0,7	- 37	225	188	101	2	124
Schleswig-Holstein	2 570 843	+ 0,1	+ 0,5	- 254	1 972	1 718	1 223	35	1 648

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 7. 1989		
	Betriebe am 31. 12. 1989	Beschäftigte am 31. 12. 1989	Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1989 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷⁾
FLENSBURG	71	9 219	288	38 794	34 797	405
KIEL	128	22 207	384	108 605	97 169	403
LOBECK	136	20 371	530	92 698	83 038	393
NEUMONSTER	73	10 664	114	40 170	35 677	448
Dithmarschen	70	6 724	294	73 945	60 079	473
Hzgt. Lauenburg	100	8 511	143	87 620	75 970	490
Nordfriesland	56	3 248	88	89 812	73 395	489
Ostholstein	85	6 310	124	101 890	87 705	475
Pinneberg	199	20 998	374	145 525	127 460	484
Plön	43	2 656	47	67 634	57 261	492
Rendsburg-Eckernförde	121	10 103	211	140 376	118 532	487
Schleswig-Flensburg	63	5 178	143	104 225	85 179	481
Segeberg	180	18 573	396	138 777	119 503	555
Steinburg	78	8 985	191	72 829	60 178	478
Stormarn	161	18 104	425	115 665	101 980	523
Schleswig-Holstein	1 584	171 851	3 752	1 418 565	1 217 923	474

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1989 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
 3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand am 30. 6. 1989

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1989		Arbeitsmarkt				*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 12. 1989	Kurzarbeiter Monatsmitte Dezember 1989	offene Stellen 31. 12. 1989	Schweine insgesamt am 3. 8. 1989	Rindvieh am 3. 6. 1989	
		VZ 1987	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe
		in %							
Schleswig-Holstein	2 566,8	+ 0,5	+ 0,4	106,3	4,6	6,3	1 557	1 493	444
Hamburg	1 606,1	+ 0,8	+ 0,6	82,6	1,6	7,3	5	11	2
Niedersachsen	7 190,8	+ 0,4	+ 0,4	294,9	6,9	24,1	7 172	3 313	970
Bremen	662,3	+ 0,3	+ 0,4	40,5	1,1	2,7	8	23	4
Nordrhein-Westfalen	16 901,9	+ 1,1	+ 0,8	669,8	9,5	59,2	6 180	1 989	544
Hessen	5 577,1	+ 1,3	+ 0,8	145,2	3,7	22,4	1 073	748	243
Rheinland-Pfalz	3 657,4	+ 0,7	+ 0,6	105,1	2,6	12,7	558	572	195
Baden-Württemberg	9 459,7	+ 1,9	+ 1,2	187,5	6,6	66,1	2 297	1 647	611
Bayern	11 068,5	+ 1,5	+ 0,9	277,8	6,8	62,2	3 899	4 964	1 885
Saarland	1 054,3	- 0,1	+ 0,1	45,7	1,7	2,9	38	68	22
Berlin (West)	2 074,9	+ 3,1	+ 1,8	96,5	4,6	11,1	3	1	0
Bundesgebiet	61 819,9	+ 1,2	+ 0,8	2 052,0	49,7	277,2	22 790	14 828	4 922

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im September 1989	
	Beschäftigte am 31. 10. 1989 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Oktober 1989		Beschäftigte am 30. 9. 1989 in 1 000	Beschäftigte je 1 000 Einwohner 4)	Anzahl zum Bau genehmigte Wohnungen	je 10 000 Einwohner 4)
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %				
		in %					
Schleswig-Holstein	172	3 846	25	39	15	754	2,9
Hamburg	135	7 267	12	21	13	241	1,5
Niedersachsen	658	15 795	34	107	15	2 620	3,6
Bremen	78	2 028	37	10	16	82	1,2
Nordrhein-Westfalen	1 930	41 527	30	217	13	4 070	2,4
Hessen	640	12 111	31	84	15	1 769	3,2
Rheinland-Pfalz	376	8 593	38	60	16	1 496	4,1
Baden-Württemberg	1 472	28 264	33	165	17	5 032	5,3
Bayern	1 396	25 867	33	234	21	5 932	5,4
Saarland	137	2 742	35	17	16	229	2,2
Berlin (West)	165	4 362	11	33	16	561	2,7
Bundesgebiet	7 210	152 401	31	986	16	22 786	3,7

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. 7. 1989			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Oktober 1989				Bestand an Spar- einlagen 8) am 30. 9. 1989 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt in 1 000	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner 4)								
		in DM je Einwohner									
Schleswig-Holstein	1 419	1 218	474	1 526	33	1 977	132	7 714	681	620	.
Hamburg	734	661	411	1 088	10	1 446	134	10 449	994	4 207	.
Niedersachsen	4 037	3 442	479	4 051	119	5 303	134	9 274	679	677	.
Bremen	305	275	415	399	3	468	118	10 537	773	1 383	.
Nordrhein-Westfalen	8 878	7 914	468	7 777	146	9 954	130	9 928	795	1 162	.
Hessen	3 285	2 851	511	2 792	72	3 702	135	11 708	830	1 072	.
Rheinland-Pfalz	2 192	1 848	505	1 820	50	2 396	134	10 802	698	728	.
Baden-Württemberg	5 605	4 752	502	4 468	121	5 879	134	12 059	816	994	.
Bayern	6 726	5 489	496	5 851	180	7 843	137	12 416	781	880	.
Saarland	600	534	506	515	9	691	136	9 755	674	667	.
Berlin (West)	820	718	346	1 104	8	1 363	124	8 823	548	1 911	.
Bundesgebiet	34 704	29 755	481	31 638	760	41 332	133	10 723	770	1 097	.

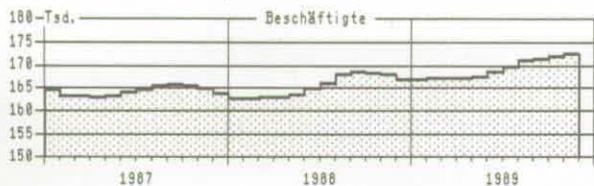
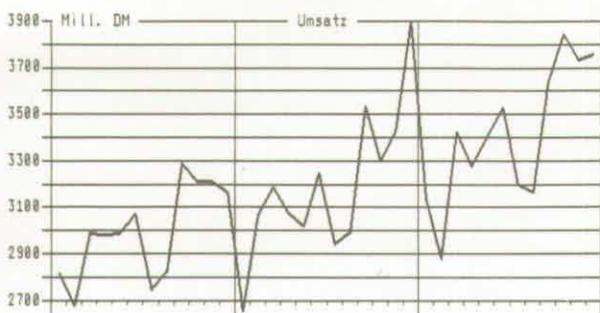
* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) Bevölkerungsstand am 31. 3. 1989
 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet: einschl. Bundespost und Bundesbahn
 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

Entwicklung im Bild

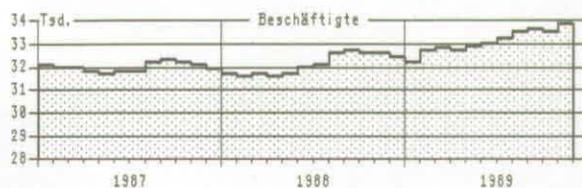
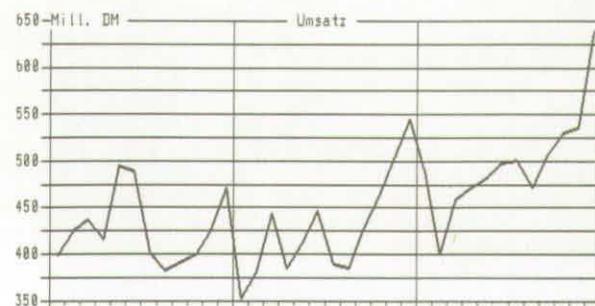
D 5608 Stat. LA S-H (B)

Verarbeitendes Gewerbe

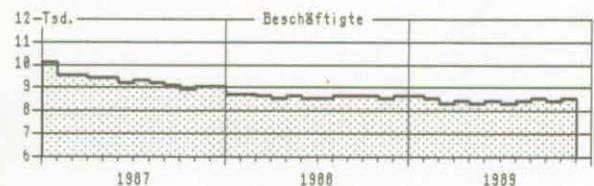
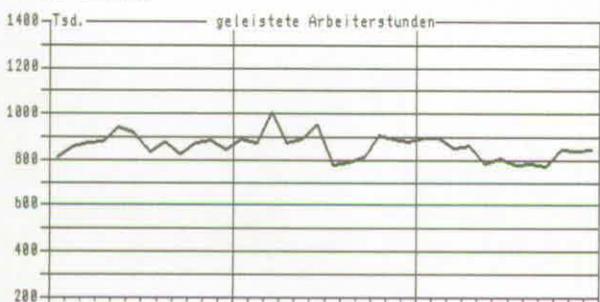
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



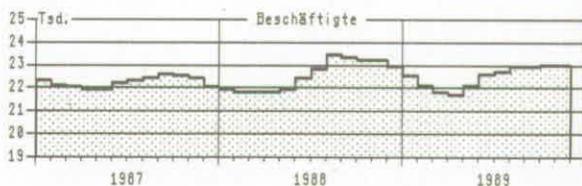
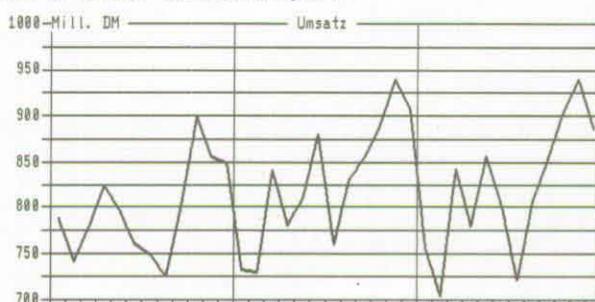
darunter Maschinenbau



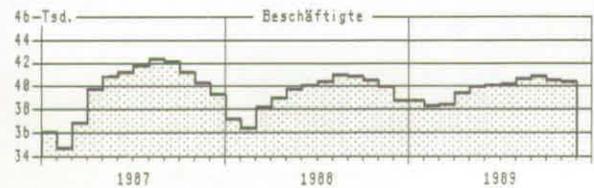
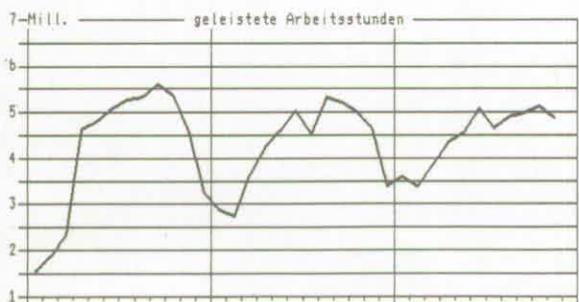
darunter Schiffbau



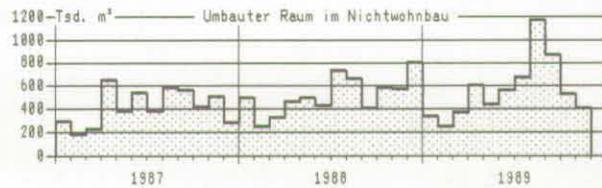
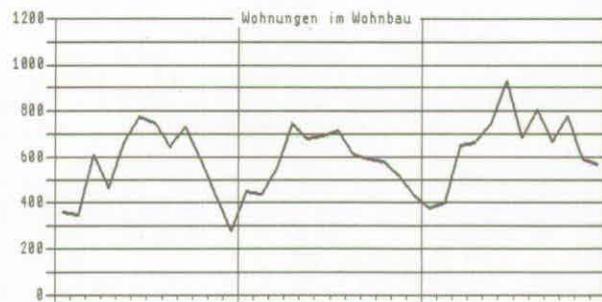
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 689 50

Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck

Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -